

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 20 000 Exemplaren.

### Inhalt.

Erfahrungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit im Gasanstaltsbetriebe. — Die Breslauer städtischen Arbeiter. — Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter und der Rat der Stadt Leipzig. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Verbandsteil. — Eingegangene Blätter und Schriften. — Anzeigen.

## Erfahrungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit im Gasanstaltsbetriebe.

(Schluß.)

Bei den großen Arbeiten in Neubauten, für welche Schichtlohn berechnet wird, wird die rednerische Lohnerböhung durch die Arbeitsleistung aufgehoben. Selbstverständlich sind auch in den späteren Arbeitsstunden Inzallateure erforderlich und muß deren Arbeitszeit sich dem jeweiligen Bedürfnis anpassen. Für diesen Dienst sind abwechselnd sämtliche Inzallateure heranzuziehen.

Bei Beratung über den vorkehend erörterten Nachtrag zur Arbeitsordnung wurden die Verhältnisse beim Inzallationsbetrieb bei den zuständigen Stellen nicht verkannt. Es wurde aber andererseits die Versuchzeit für zu kurz gehalten und die Ansprüche des Inzallationsgeschäftes wurden für zu vielfach erachtet, als daß die Arbeitszeit überhaupt sablonnisiert werden könnte. Es blieb daher die Arbeitsordnung in diesem Punkte unverändert und wurde die Gasanstaltsdirektion auf § 1 der Arbeitsordnung verwiesen, wonach die Festsetzung der Arbeitszeit nach den jeweiligen Verhältnissen und wirtschaftlichen Erfordernissen zunächst freigestellt blieb. Tatsächlich hat sich diese Freiheit auch gut bewährt, insbesondere hat das frühere Verhältnis zwischen den gezahlten und den liquidierten Arbeitslöhnen durch ausgedehnte Verwendung der durchgehenden Arbeitszeit von 1,37 auf 1,12 gebessert werden können.

Es wurde nämlich im Jahre 1903/04 die für Privateinrichtungen in den Lohnlisten nachgewiesenen gezahlten Löhne aufaddiert und ergaben die Zahl a = 61 334,29 Mk.

Diese Aufrechnung ergab für 1902/03 die Zahl b = 50 303,40

Gleichfalls wurden die Lohnbeträge aufaddiert, welche den Auftraggebern für Inzallationsarbeiten in Rechnung gestellt wurden.

Diese Zahlen waren 1903/04 c = 54 411,71  
1902/03 d = 36 558,65

Das Verhältnis a : c ist = 1,12  
b : d ist = 1,37.

Es sind also 1903/04 bedeutend weniger Löhne für Gasarbeiten, Gänge, Zeitverluste usw. gezahlt worden als 1902/03.

Selbst wenn man den Wert verhöhrter Wachsamkeit der belchäftigten Dienststellen hoch anschlägt, bleibt der Unterschied noch groß und er muß notwendig auf die Vorteile durchgehender, verkürzter Arbeitszeit zurückgeführt werden.

Wie beim Inzallationsbetrieb, so in noch höherem Maße bei der Rohrlegung in Straßen, kann eine regelmäßige Arbeitszeit nicht eingehalten werden. Die Rücksicht auf den Verkehr gebietet häufig, Straßenarbeiten auf die Nacht- und frühen Morgenstunden zu legen. Andererseits ist bei Rohrlegungen zur schleunigen Ausführung derselben die Ausnutzung der ganzen langen Tageslichtzeit im Sommer erforderlich. Diese Forderungen lassen sich gleichfalls am besten erfüllen durch zusammenhängende Arbeitszeit mit kurzer Pause. Es wird deshalb je nach Lage der Arbeitsstelle und nach Art der zu erledigenden Arbeit entweder von einer Schicht durchgehend in den Vormittagstunden oder nur in den Nachstunden gearbeitet; 100 täglich viel Rohr zu legen ist, wird mit zwei Schichten während 15—16 Stunden gearbeitet. Die Schichten schließen ihre Arbeit meist nicht aneinander, sondern arbeiten zur regelrechten Uebergabe der Arbeit 1—2 Stunden beim Schichtwechsel zusammen.

Bei der Rohrlegung wird die durchgehende Arbeitszeit mit der Einrichtung verbunden, daß der vereinbarte Tagelohn für eine bestimmte Arbeitsleistung gezahlt wird. Erzielt eine Kolonne Leistung nicht, so muß die Arbeit in unabhäftigen Ueberstunden zu Ende geführt werden; es haben sich bei den vorkehend erörterten Arbeitsverhältnissen die Tagesleistungen der Arbeiterkolonnen nicht verringert; bei Arbeiten auf freier langer Strecke ist die Leistung pro Mann und Tag sogar gestiegen.

3. B. Es wurden unter gleichen Bedingungen 390 m Gasrohr 80 mm l. B. in der Kronprinzenstraße (Amalienau) verlegt in neunstündiger Schicht (8½ Arbeitsstunden) und dabei eine Leistung von 0,35 lfd. m pro Arbeiterstunde = 0,72 Mk. pro lfd. m Leistung geleistet.

Gleichfalls wurden auf 505 m Rohrleitung 80 mm Rohr in der Kurfürstenstraße (Amalienau) in zwölfstündiger Schicht bei 10,5 Arbeitsstunden 0,275 lfd. m pro Arbeiterstunde = 0,90 Mk. pro lfd. m Leistung geleistet.

Schlägt man auf diese Meterpreise 33½ Proz. zu und addiert dazu nicht den damals sehr billigen Königsberger Rohrpreis, sondern den Materialpreis von 13,75 Mk. pro 100 kg, welcher in derselben Zeit für ein größeres Rohrnetz in einer weitpreukischen Stadt gezahlt wurde, nebst dem Zuschlag von 15 Proz. für Formstücke und Zubehör, so folgen Meterpreise von

- a) für Kronprinzenstraße = 0,72 + 0,24 + 2,75 + 0,56 = 4,27 Mk.
- b) „ Kurfürstenstraße = 0,9 + 0,3 + 2,75 + 0,59 = 4,54

Die drei billigsten Submissionsforderungen für jenes weitpreukische Rohrnetz betragen 4,10, 4,65 und 4,99 Mk. pro lfd. m. Erwägt man, daß obige Zuschläge recht reichlich genommen sind, so sind die zu a und b ermittelten Preise denjenigen der Unternehmer gegenüber mähige. Jedenfalls ist unbedingt an den beiden Stellen verhältnismähig recht billig gearbeitet worden, und sicher ist der Einfluß der durchgehenden, ohne große Pause unterbrochenen Arbeitsschicht unverkennbar.

Bezüglich der Disziplin konnte festgestellt werden, daß sich die Verhältnisse merklich geändert haben durch den Fortfall einer langen Pause, die doch meist in der Nähe der Baustelle, in der Ventilation verbracht werden muß. Das gilt namentlich für die Vöhnungstage und bezüglich der bei Rohrnetzarbeiten angenommenen Gelegenheitsarbeiter. Letztere blieben sehr häufig nach wenigen Tagen von der Arbeit fort, oder kamen nach der Mittagepause betrunken zur Arbeitsstelle. Dieses Uebel ist nahezu ganz ausgerottet worden durch die Rohrverlegungsarbeiten in den Vororten mit durchgehender, verkürzter Arbeitsschicht.

Es ist auch für die in geordneten Verhältnissen lebenden städtischen Arbeiter von Vorteil, bei den Vorkortarbeiten nicht außerhalb des Hauses die Hauptmahlzeiten kalten zu dürfen. Erleichterungen bei Bauverhältnissen mit Schulkindern sind ebenfalls gegeben, daß selbst bei diesen Schwierigkeiten oder besonders empfindlichen

Mehrkosten dadurch nicht entstehen, daß der Schluß der Schulzeit nicht mit der Mittagspause des Vaters zusammenfällt. Dagegen ist es angenehm empfunden worden, daß das Essen tragen fortfällt. Bei Arbeitnehmern der Gasanstalt im Außendienst, deren Arbeitsstelle zum Beispiel auf Hauseinrichtungen sehr häufig und unvorhergesehen wechselt, hat sich in der Tat bei zwölfstündiger Schicht der Gebrauch ausgebildet, daß die Hauptmahlzeit auf die späten Abendstunden nach Feierabend verlegt wird.

Der Laternenwärterdienst richtet sich nach den Anzünde- und Löschenzeiten und vollzieht sich mit großen Pausen. Durch Verteilung auf verschiedene Arbeitsabteilungen wird jedoch dafür Sorge getragen, daß sich die Arbeiter einer Schicht nicht auf mehr als 12, höchstens 14 Stunden, verteilen. Die wirkliche Arbeitszeit beläuft sich dann, abgesehen von Revisionsgängen, wozu jeder Wärter nur zeitweise kommt, auf etwa nur 7 bis 8 Stunden.

Die bestehende Arbeitseinteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin. Der Lohn wird das ganze Jahr hindurch als Schichtlohn gleich dem zehnfachen Betrage des in der Lohnordnung vorgezeichneten Stundenlohnes gezahlt.

Es wurde nun auch versucht, bezüglich der durchgehenden Arbeitszeit, Nebelstände technischer oder wirtschaftlicher Natur festzustellen, soweit das nach der kurzen praktischen Erfahrung möglich ist, insbesondere sind dazu auch die einzelnen Dienststellen nach dieser Richtung gefragt worden. Beim Betriebe haben solche Nachteile nicht festgestellt werden können. Es ist nicht zu leugnen, daß man rednerisch für einige Betriebsstellen, also einige wenige Arbeiter leicht eine größere Ausnutzung feststellen könnte für zweimaligen Schichtwechsel. Es sind das die wenigen Arbeitsstellen, welche vorwiegend im Aufsichtsbereich bei Maschinen nicht praktische Arbeit leisten. Diesen wenigen möglichen Ersparnissen stehen aber gegenüber eine Einheitlichkeit der Betriebseinteilung und die geschätzten Vorteile bei der überwiegenden Mehrzahl der Betriebsstellen. Da es sich bei der Gasanstalt um einen Betrieb handelt, welcher durch Esprit und Pünktlichkeit das Beste leisten muß, und weil hierzu Abpannung der Arbeitskräfte unbedingt vermieden werden muß, so kann das erwähnte Rechenexempel als ein wirklicher Nebelstand nicht empfunden werden.

Beim Werkstattbetrieb ist zuweilen als Nachteil empfunden, daß die frühere Neigung zu Überstunden in eine Abneigung umgeschlagen ist. Nach früheren Erfahrungen ist das grundsätzlich nur ein Vorteil. Wird die Abneigung zu Überstunden zeitweise zum Nebelstand, so kann dem durch allmähliche Erziehung der Vorarbeiter wohl begegnet werden. In besonderen Fällen ist auch stets der direkte Einfluß der Betriebsleitung zur Stelle, um Nachteile zu verhüten. Jedenfalls ist bei den laufenden Arbeiten der Werkstatt und Alfordarbeit der durchgehende Arbeitstag ohne nachteiligen Einfluß geblieben. Erst mit der Länge der Zeit und Verjüngung des Personals machen sich natürlich auch die Vorteile einer solchen Veränderung vollständig bemerkbar. Dazu kommt, daß die Werkstattarbeiter bisher hinsichtlich der Lohnverhältnisse gegen andere Lohnklassen im Nachteil waren! Diese Tatsache hat augenscheinlich auf die Leistungen der Werkstatt ungünstig gewirkt. Eine Regelung der Lohnfrage, wie sie jüngst von einer Petition angefordert wurde, wird auch hier zum wirtschaftlichen Vorteil der Gasanstalt Wandel schaffen.

Bei Installationsbetrieb und Rohrlegung wird von den zunächst beteiligten Dienststellen in jeder Hinsicht nur günstiges über verkürzte durchgehende Arbeitszeit berichtet. Kleine Nebelstände ergeben sich zuweilen daraus, daß die Aufsichtführenden bei der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Arbeiterkolonnen zuweilen nicht schnell genug die Abnahme der Arbeitszeit unvermeidlich ist und viel Zeit in Anspruch nimmt, welche für die Arbeit verloren ist. Auch wird durch häufigen Transport das Werkzeug abgenutzt.

Von den Dienststellen, welche die beste Zählung mit dem Publikum haben, wird z. B. wie folgt berichtet:

„Es wird bei der durchgehenden Arbeitszeit nach unserer Beobachtung intensiver gearbeitet, als bei einer Arbeitszeit mit längeren Pausen. Dadurch werden speziell ausgedehntere Arbeiten, wie Steigeleistungen, schnell gefördert, wodurch uns wirtschaftliche Vorteile erwachsen, welche wir ziffernmäßig allerdings nicht angeben können. Es fällt der öftere Transport des Werkzeuges fort, welcher bei unterbrochener Arbeitszeit unvermeidlich ist und viel Zeit in Anspruch nimmt, welche für die Arbeit verloren ist. Auch wird durch häufigen Transport das Werkzeug abgenutzt.“

Das Publikum ist mit der durchgehenden Arbeitszeit sehr zufrieden, denn gerade die Zeit nach 3 Uhr will das Publikum für sich haben. In drei Fällen ist uns gegenüber die Zufriedenheit mit der durchgehenden Arbeitszeit ausdrücklich ausgesprochen worden von Privatleuten.

In gesundheitlicher Beziehung ist gegen obige Arbeitszeit nichts einzumenden. Innerer Ueberzeugung nach wird aber Gesundheit wie auch Disziplin noch mehr erhalten und gefestigt.“

Ein anderer Bericht lautet:

„Nachteile der durchgehenden Arbeitszeit betreffen an sich keine; als indirekter Nebelstand konnte angesehen werden, daß sich die Arbeit über Mittag schlechter kontrollieren läßt, sobald nicht auch der aufsichtführende Beamte in dieser Zeit Dienst hat. Das

Publikum empfindet es angenehm, daß die Aufträge in einer Zeit erledigt werden, in welcher es zumeist schon aus anderen Gründen zu Hause anwesend ist, so daß das besonders im Sommer lästige Warten fortfällt.“

Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters bleibt bei der durchgehenden Arbeitszeit zum mindesten dieselbe wie beim Neunstundentag, da das zeitraubende Weg räumen von Material und Werkzeug über Mittag fortfällt. Mit den technischen Erfolgen halten die wirtschaftlichen gleichen Schritt.

Gesundheit und Disziplin leiden in keiner Weise, werden im Gegenteil durch engeren Anschluß an die Familie nur gefördert.“

Für die Gasanstalt ist beim Installationsgeschäft der bisherige Versuch nach den bisherigen Beobachtungen so unbedingt erfreulich ausgefallen, daß der durchgehende Neunstundentag zur grundsätzlichen Einführung empfohlen werden muß.

Königsberg i. Pr., den 28. Dezember 1904.

Gasanstaltsdirektion,  
(gez.) Robbert.

## Die Breslauer städtischen Arbeiter

sind in den letzten Monaten in eine umfassende und weitgehende Petitionsbewegung getreten. Bei der diesjährigen Ortsberatung im Stadtparlamente wurde auch von seiten des unsern Verbandes so spinneneind gesonnenen Oberbürgermeisters Vender, wie auch von einigen Stadtvätern der Ausspruch getan: „Die städtischen Arbeiter Breslaus sind durchweg mit ihren Verhältnissen zufrieden und haben nie direkt Klagen an uns gelangen lassen“. Es mußte demzufolge der Eindruck nach außen erweckt werden, als ob die sich der städtischen Arbeiter nur allein energisch annehmenden beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Schütz und Löbe nur die Wünsche einiger weniger Unzufriedener vertraten. Um nun einmal gründlich mit diesen Märgen aufzuräumen, hat der Breslauer Filialverband beschlossen, in den Sommermonaten an alle städtischen Betriebe heranzutreten und die Angehörigen derselben aufzufordern, ihre Wünsche der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat in Gestalt von Petitionen zu unterbreiten. Auch soll dabei, um von vornherein den Gegnern der Arbeiter alle Ausflüchte zu nehmen, die Eingaben namentlich von den Arbeitern unterzeichnet werden. Das ist auch demgemäß geschehen und sind bereits von den Gasarbeitern, Feuerbauern, wie Sofabarbeitern, Laternenwärttern, Märrern, Straßenreinigern, Soffenarbeitern, Gasmesserablesern und Zöllnern, Werkstattarbeitern usw. Eingaben an die städtische Betriebsdeputation und den Magistrat abgehandelt worden.

Vorläufig sind die Eingaben unbeantwortet geblieben, auch sind die in den meisten Eingaben erwähnten Mängel nicht abgestellt worden. Mit einer einzigen Ausnahme, die den beiderseitigen brutalen Ton eines Puchhalters in einem der drei Gaswerke betraf. Im allgemeinen aber warten die Arbeiter noch auf eine Antwort, ob wohl überhaupt eine solche erfolgt?

Jedenfalls hat die Petitionsbewegung das gute, daß die städtischen Arbeiter und Handwerker wieder einmal sehen, welche Ansehen sie beim Magistrat und den Stadtverordneten haben und wie es um die „Fürsorge“ für sie bestellt ist. Wir sind wirklich neugierig, wie sich die Herren Stadtverordneten über die zahlreichen Petitionen und ihre zahlreichen Unterchriften verhalten werden. Ob der Oberbürgermeister und seine Trabanten noch immer von den „armen verführten Arbeitern“ reden werden, die eigentlich mit ihrer Lage zufrieden sind und nur von den „auswärtigen Agitatoren“ unzufrieden und begehrt gemacht werden?

Was man wirklich weiter auf dem Standpunkt beharren und alles ablehnen, obwohl die städtischen Betriebe in den letzten Jahren mit Millionen von Ueberschüssen nach außen hin prunken konnten? Selbst die bescheidensten Wünsche der Arbeiter, die der Stadt fast gar nichts kosten, wie die Gewährung von Sommerurlaub, werden noch immer nicht erfüllt. So haben z. B. die Härter bereits im April gebeten, ihnen doch auch Sommerurlaub zu gewähren, wie den anderen städtischen Arbeiterkategorien, bis heute aber, Anfang August, haben sie noch immer keine Antwort oder gar den erbetenen Urlaub empfangen! Vielleicht sollen sie ihn erst im Winter haben, damit die Freude um so größer ist! Auch der doch gewiß sehr bescheidene Wunsch, wenigstens alle 3 Wochen einmal einen Sonntag ganz frei zu haben, ist bis jetzt unerwidert geblieben, so wird bei der angeblich „freiwilligen“ (???) Stommune Breslau für die städtischen Arbeiter die Sonntagsruhe gehalten!

Eines hat die Petitionsbewegung aber doch gezeitigt, nämlich einen gewaltigen Erfolg unseres Verbandes. Wir haben etwa 200 Mitglie der gewonnen und sind jetzt über 600 Mann stark. Das ist ein gewaltiger Erfolg und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft. Es besteht hier allgemein die Ansicht, einen Parteien anzuhalten, wodurch die Breslauer und überhaupt die städtische Bewegung gewaltig gefördert würde. Freilich sind die Breslauer dabei sehr auf die Hilfe des Hauptvorstandes angewiesen,

da die Klassenverhältnisse der Miliale durch die großen Ausgaben für die Agitation sehr in Anspruch genommen werden. Besonders erfüllt der Hauptvorstand unsern Witten, denn für den ist noch fast gar nichts getan worden und democh ist bei allerdings emsiger Werbearbeit hier noch ein sehr gutes Feld.

Auch manches Anerkennliche zeigte die Petitionsbewegung, so z. B. die klägliche Furcht mancher Kollegen, die wohl am Piertisch den großen Mund aufmachen, vor dem Unterscheiden einer einfachen und noch dabei sehr höflichen Eingabe sich aber scheuten, als ob ihre Unterschrift ihnen das Todesurteil brächte. Man sieht, was die jahrhundertlange Anechtung der schließlichen Bevölkerung und die jämmerliche Volksschulbildung fertig gebracht haben. Wir haben Kollegen in Breslau, die förmlich mit einem gewissen Stolz erzählen, daß ihre Vorgesetzten ihnen verbieten, sich unserem Verbandsangelegenheiten anzuschließen. Stolz also darauf, daß sie die Meisten tragen! Andere wieder — und die sind gewiß ganz besonders nach dem Herren Venders, unseres „freimüthigen“ Oberbürgermeisters — schleichen sich in unsere Versammlungen ein, um am nächsten Tage ihren Vorgesetzten brüthwarm wieder zu erzählen, was gesprochen worden ist. Natürlich ist aber nichts vorgelommen, was das Licht zu ihnen hätte, und somit müssen diese Kammerkerle zu Lügen greifen, um die Zufriedenheit ihrer „Protokoll“ zu erreichen. Trotz alledem aber geht es vorwärts, und gerade die größere und weit vorwiegende Mehrheit der städtischen Arbeiter sieht, wie oben unser Mitgliederzuzuwachs beweist, ein, daß die Besserstellung ihrer Lage nur erreicht werden kann, wenn sie wie ein Mann geschlossen zusammenstehen. Nicht Betteln und Spindelreden kann heute helfen, sondern nur energisches Vorgehen und gute Organisation.

Es geht also auch bei uns im Lichte vorwärts, und gerade die besondere Mithandigkeit unserer Vorgesetzten und der Stadtverordnetenmehrheit wird mit dazu beitragen, daß unsere Miliale weiter einen erfreulichen Aufschwung nimmt und wir bald im Lichte ebenso viele Mitglieder aufzuweisen haben wie unsere Verbandskollegen im Norden, Süden und Westen Deutschlands!

### Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter und der Rat der Stadt Leipzig.

Der Rat der Stadt Leipzig hat es für gut befunden, auch femerkens dazu beizutragen, daß die Organisationsbestrebungen seiner Arbeiter etwas gehemmt werden. Es scheint eben in unserer Zeit, am Leipziger Rathause vorbei, ein anderer Wind zu wehen, allerdings können wir nicht annehmen, daß es der Rat der Stadt Leipzig auf eine Verschärfung der Koalitionsfreiheit seiner Arbeiter abgesehen hat, da glauben wir vielmehr den Worten seiner Vertreter, die sie im Rathause kürzlich diesbezüglich geäußert haben. Zwischen Theorie und Praxis ist aber immer ein großer Unterschied. Wenn auch der Rat nicht den Anträgen den Verband der Gemeindearbeiter geplant hat, so müssen wir doch festhalten, daß in der Praxis sich die Sache so darstellt.

Unsere Organisation ist in Leipzig während der letzten beiden Jahre bis auf 500 Mitglieder gewachsen. In der Ratsstube mag man vielleicht dieses Anwachsen des Verbandes unliebbar empfunden haben. Mithdestenweniger darf man aber dann den Arbeitern Gelegenheit geben, sich durch irgendwelche Maßnahmen des Rates in ihrer „Freiheit“ bedrückt zu fühlen. Im wirtschaftlichen Kampfe wird es ja zwar nie so ganz ohne Konflikte abgehen, man kann dieselben aber so viel wie möglich ihrer Schärfe entkleiden. Und dazu hat, glauben wir, jede Stadtverwaltung die Pflicht. Dies scheint man jedoch während der letzten Wochen in Leipzig verabsäumt zu haben.

Eine Versammlung der städtischen Arbeiter vom 12. Mai d. J. hatte da nämlich ein Agitationskomitee von 5 Mann gewählt. Ob dieses Verbotes ist man im Rathause wohl aufgeregt gewesen, wie dies nötig gewesen wäre. Etwas ähnliches, nur mit anderem Namen, hat doch früher schon in Leipzig bestanden. Ebe dasselbe jedoch in Tätigkeit trat, wurden dessen Mitglieder auf das Rathaus beschworen, wo ihnen vom Herrn Maurat Franze eine Strafpredigt gehalten wurde. Er erklärte: Eingaben ihrerseits würden nicht beachtet, dafür seien die Arbeiterauschüsse da. Mitglieder dürften künftig nicht mehr auf den Arbeitsstätten verteilt werden. Sammlungen seien verboten; nur bei Jubiläen, Anlässen und Zeremonien könnte hiervon eine Ausnahme gemacht werden. Ein diesbezüglicher Umlauf würde demnach in den Betrieben ausgehängt werden. Gegen die Organisation habe er selbst nichts einzuwenden. Zur nach Feierabend was ihr wollt! Aber... Und damit entließ er die Teilnehmer.

Der Umlauf auch, wie gesagt, in einzelnen Betrieben wurde er selbst den Kollegen einzeln in die Hände gegeben, umseit aber am schwarzen Brett angehängt. Wir lassen denselben hier im Wortlaut folgen:

#### Umlauf.

Die Verteilung von Schriften und Zetteln aller Art, von Einladungen zu Versammlungen und dergl., sowie die Sammlung von Geldbeiträgen unter den Beamten, Angestellten und Arbeitern der städtischen Verwaltung in den Verwaltungsräumen

oder auf den Arbeitsstätten ist nur mit Genehmigung des Verwaltungsvorstandes zulässig. Das gleiche gilt für derartige Verteilungen und Sammlungen unter sonstigen in städtischen Räumen aufhältlichen Personen. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter sind hiervon ausdrücklich in Kenntnis zu setzen.

Leipzig, am 24. Mai 1905.

Der Rat der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin.

Verf. Reg. 987.

Dr. Barthol.

Bei den später an die einzelnen Arbeiter verteilten Exemplaren waren die Worte Beamte und Angestellte weggelassen. Man wollte wohl diese von der Sache ausschließen und nicht mit „gewöhnlichen Arbeitern“ in Verbindung gebracht wissen. Mag dem nun sein wie ihm wolle, der Effekt dieser Maßnahme war, daß einige städtische Arbeiter sofort, von Furcht vor Maßregelung geacht, das Dienstanzeichen ergriffen und aus dem Verbandsgebäude ihren Posten niederlegten. Bei fühler Ueberlegung haben dann allerdings diese Hakenfüße über sich selbst gelacht, aber der erste Schreckschuß hatte doch etwa 5 Proz. der Organisation getroffen. Erstlich gefährlich werden konnte aber der Umlauf dem Verbandsrat nicht. Gibt es bekanntlich viele Wege, die nach Rom führen, wenn auch hier und da einmal kleine Umwege gemacht werden müssen.

Die Verbandsleitung hat deshalb für alle Abende von 8 bis 9 Uhr und für Sonntags von 10½ bis 11½ Uhr Bureaustunden im Verbandsbureau, Wiesenstr. 25, Stks. pl., eingerichtet, während welcher den Mitgliedern Gelegenheit gegeben ist, für sich und ihre nächsten Kollegen die Verbandsbeiträge zu entrichten, sonstige Verbandsgeschäfte zu erledigen, Auskünfte zu erlangen, Beschwerden vorzutragen und dergl. m. zu tun. Bisher war es ja bequemer, aber es geht auch so.

Auf Grund unserer Protestversammlung kam die ganze Angelegenheit natürlich auch im Stadtverordneten-Kollegium zur Sprache.

Auf den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, den Rat zu erlösen, welche Motive ihn dazu veranlaßt haben, den Umlauf zu erlassen, erklärte sich die Mehrheit des Stadtverordneten-Kollegiums für nicht zuständig, und der Rat schwieg sich darüber aus. (Neden ist Silber, Schweigen ist Gold.)

Wir werden ja nun sehen, wie sich in der Praxis die Handhabung der Bestimmungen des Umlaufes gestalten wird. Der Uebereifer einzelner Unterbeamten wird sich wohl gar bald wieder legen müssen, denn die städtischen Arbeiter haben ebenfalls gelernt und werden dafür sorgen, daß ihnen keine Wunden geistigen werden. Kleinere Opfer und Maßregelungen sind ja schon dagesessen, für keine wollen wir dieselben aber zurückstellen.

Unsere Leipziger Kollegen werden dafür sorgen, daß die Organisation ihre Fortschritte nach wie vor macht, trotz der vom Stadtrat nicht gewollten Koalitionsrechtsbeschränkung. Das letzte Quartal hat uns wieder das Vorwärtsdrängen, das Wachsen gezeigt, bilden wir daher vertrauensvoll in die Zukunft und hoffen wir, daß sich unsere Differenzen stets mögen in friedlicher Weise erledigen lassen.

### Notizen für Gasarbeiter.

#### Am die Arbeiter der deutschen Gaswerke!

Die erste Konferenz der deutschen Gasarbeiter, welche 1903 in Berlin stattfand, sah den Beschluß, daß für die Gasarbeiter des Innenbetriebes überall der Achtundentag, also der Dreischichtwechsel an Stelle des herrschenden Zweischichtsystems, gefordert werden soll. Ebenso sei für die Arbeiter des Hofes, des Rohrnetzes, der Installation, der öffentlichen und zivilen Beleuchtung usw. eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben.

Die Kollegen einiger Städte sind unterdessen auf Grund dieser Beschlüsse vorgegangen und es ist ihnen an mehreren Orten gelungen, den Achtundentag für die Arbeiter des Innenbetriebes zur Durchföhrung zu bringen, so in letzter Zeit z. B. in Chemnitz, Darmen und Wiesbaden.

In dem allergrößten Teil der deutschen Gewerke besteht jedoch noch die zehn- resp. zwölfstündige Dienstzeit. Unter diesen Verhältnissen haben aber die interessierten Arbeiter schwer zu leiden.

Die Ertrankungsrisiken überreichen bedeutend das normale Maß, Rheumatismus und Krankheiten der Atmungsorgane sind an der Tagesordnung, ganz abgesehen davon, daß üblich schwere Arbeit und lange Dienstzeit auch nicht ohne schädigenden Einfluß auf das Familienleben und das sonstige Verhalten der Arbeiter — übermäßiger Alkoholgenuß usw. — bleiben kann.

Mit Freuden können wir es daher begrüßen, daß sich nun endlich auch eine amtliche Stelle gefunden hat, welche die große Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung und demnach die Verdrängung unserer Beschwerden anerkennt. Die Stadtverwaltung in Mönchsberg in Preußen gab vor kurzem einen Bericht heraus, der in ausführlicher Weise betont, daß sie mit der verkürzten Arbeitszeit in ihrem Gas-

werk — Achtstundentag für den Innenbetrieb, Neunstundentag inklusive Pausen für die sonstigen Beschäftigten — Die denkbar besten Erfahrungen gemacht hat.

In diesem Bericht heißt es unter anderem:

„Die bestehende Arbeitseinteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin.“

Derner:

„Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die leider oft ausgesprochene Erwartung, daß Arbeiter durch eine längere freie Zeit keine Vorteile für ihre gesamte Lebenshaltung erlangen und nur dem Alkohol tiefer verfallen, daß diese Erwartung bei der Gasanstalt durchaus nicht erfüllt ist.“

Auf Grund aller dieser Tatsachen fordern wir hiermit die Arbeiter der deutschen Gaswerke, soweit sie noch unter den alten Verhältnissen arbeiten, auf, die Beschlüsse der ersten Deutschen Gasarbeiter-Konferenz zur Durchführung zu bringen und den in Betracht kommenden Stellen die Forderung auf Einführung des Achtstundentages für den Innenbetrieb und des Neunstundentages für die übrigen Arbeiter zu unterbreiten.

Um für diese Bewegung die entsprechende Propaganda betreiben zu können und für alle sonstigen Eventualitäten, die sich bei der Durchführung unserer Forderungen als notwendig erweisen sollten, gerühten daraufhin, haben wir angesichts unserer minimalen Verbandsbeiträge beschloffen, einen „Achtstundentagsfonds“ zu schaffen, der sich auf der Grundlage freiwilliger Beiträge aufbaut.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Verbandskollegen allerorts in die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und sich fleißig an den Sammlungen für den Achtstundentagsfonds beteiligen werden.

Alle Anfragen bezüglich notwendiger Versammlungen, etwaiger Eingaben usw. bitten wir an unsere Zweig-, resp. Vorklubscharen oder aber an die unterzeichnete Geschäftsstelle des Verbandes zu richten.

Für den Vorstand des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten:

H. Voersch,

Berlin W. 57, Pulowstraße 21.

**Die Berliner Gasarbeiter und der Achtstundentagsfonds.** Die Vertrauensleute sämtlicher Gasanstalten der Filiale Groß-Berlin waren am 26. Juli bei Dräsel zahlreich versammelt, um das Resultat der Abstimmung über den Kampfsonde entgegenzunehmen und über weitere Maßnahmen zur Erreichung des Achtstundentages zu beschließen. Der Sekretär, Erbsfelder Kollege Fittmer, teilte mit, daß das Resultat der Abstimmung ein höchst erfreuliches ist, da weit über zwei Drittel aller Verbandsglieder für den Kampfsonde gestimmt haben. Somit ist der erste Schritt zur Erreichung des Achtstundentages getan. Es gilt nun, sich eilig zu werden über den Termin der Einführung des erhöhten Beitrages von 10 Pf. pro Woche, sowie darüber, ob einer Zentralisation des Kampfsondes zugestimmt werden kann. Wir würden durchaus richtig handeln, wenn wir uns dem Hauptvorstand geplanten Zentralkampfsondes für den Achtstundentag anschließen, denn sonst müßten wir befürchten, daß bei einer bestehenden Bewegung wir außer der naturgemäß uns antehenden Streikunterstützung kein Geld vom Hauptverband bekommen aus dem Kampfsonde. Deshalb ist schon aus Mitleidsgründen geboten, daß wir dem Vorschlag der Zentralisation zustimmen. Aber auch vom Standpunkt der größeren Solidarität müßten wir uns sagen, daß im Falle eines Streiks in Berlin oder in anderen Orten, wo der Achtstundentag durchzuführen werden soll, wir dazu beitragen, damit der Kampfsonde auch für diese Kollegen vorhanden ist. . . .

Wir dürfen vor allen Dingen nicht vergessen, daß wir mit der Eventualität eines großen Berliner Gasarbeiterstreiks aller Anhalten zu rechnen haben, um den Achtstundentag zur Durchführung zu bringen. Einweilen wollen wir ja noch die Resultate über die eingereichten Forderungen hinsichtlich des Achtstundentages durch die Arbeiteransätze abwarten. Aber wie üblich dürfte man das Stadium der Erwägungen wieder erheblich in die Länge ziehen und uns endlich mitteilen, daß in Motivus und Formel sich die Sache nicht bewähren habe und deshalb die Durchführung nicht angängig sei. Es wird uns in diesem Fall nichts anderes übrig bleiben, als den noch schlendern Teil der Kollegen aus dem Schlummer zu rufen und sie der Organisation zuzuführen, so daß wir im Spätherbst oder auch im Frühjahr kampfbereit sind. Bis dahin dürfte die angesammelte Summe nicht allzu groß sein, so daß wir tatsächlich ungenügend gerüstet in den Streit eintreten würden, wenn uns nicht der Hauptverband mit seiner materiellen Hilfe beistünde. Aus allen diesen Gründen ist es durchaus notwendig, den Kampfsonde auf zentraler Basis einzurichten. Selbstverständlich müssen wir verlangen, daß das Geld in getrennter Kasse nur für Gasarbeiterstreiks zur Erreichung des Achtstundentages bzw. für die Achtstundentagsbewegung verwendet wird. Aber das ist ja auch ausdrücklich in der Aufforderung des Hauptverbandes im „Vorwärts“ enthalten. Die Generalversammlung sämtlicher Gasarbeiter, welche in etwa zwei Wochen stattfindet, wird ja über alle diese Dinge endgültig entscheiden; jedenfalls möchten sich heute die Vertrauensleute über

diese Dinge aussprechen, damit völlige Einigkeit und Klarheit herrsche über die weiter vorzunehmenden Schritte.

In der Diskussion benutzten die Kollegen Eschen, Mahn, Drehtloß, Kroll und andere, daß der Hauptverband jetzt hinterher gewissermaßen sich entschließen habe, aus Interesse zu treten mit seinem Plan der Zentralisation des Kampfsondes. Das sei schon vor Jahr und Tag notwendig gewesen in Anbetracht der Gasarbeiterkonferenz von 1903. Jetzt, wo die Berliner glänzend die Beschlüsse herbeigeführt haben zur Verkürzung des Vertrauensleutes, komme auf einmal der Hauptverband und wolle das Geld für sich in Anspruch nehmen. . . .

Die Mehrzahl der Redner waren zwar für Zentralisation, aber es müßte vor allen Dingen das Geld nur zu Streiks für den Achtstundentag verwendet werden und nicht etwa für die Propaganda und so weiter, welche aus Verbandsmitteln zu ziehen sei. Zudem eine Bestimmung über die Verwendung der Gelder nicht erziele und solange sich nicht sämtliche Gasarbeiter Deutschlands mitbeteiligen an dem Kampfsonde, müßten auch die Berliner ihr Geld in der Filialkasse behalten. Ein diesbezüglicher Antrag wurde eingereicht.

Demgegenüber wiesen die Kollegen Hoffmann und Fittmer darauf hin, daß ja die Bestimmungen noch nicht genau bekannt seien, unter welchen der Zentralkampfsonde verwaltet würde, man möge doch erst abwarten, wie sich dies gestaltet, vorant die Antragsteller ihren Antrag unzulässig mit dem Vorbehalt, denselben eventuell wieder einzubringen.

Kollege Mahn und einige andere stellten sich auf den Standpunkt, daß zum Kampfsonde sämtliche städtische Arbeiter Deutschlands beitragen müßten. Das sei wahre Solidarität wie in den anderen Gewerkschaften, erst dann wäre die Sache richtig gelaufen. Ihnen wurde von anderer Seite entgegengehalten, daß bei der ungleichen Verteilung der städtischen Arbeiter nicht gleicher Opfermut verlangt werden könne, zumal es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit ausschließlich für die Gasarbeiter handle, an welcher doch andere Kategorien nicht beteiligt sind. Die Generalversammlung des Verbandes könne sich ja im nächsten Jahre mit diesen Dingen befassen.

Nach einem Platonort des Sekretärs an die Vertrauensleute, als unsere beiden Werber, in den Anhalten eifrig für rege Agitation zu sorgen, damit die nun bald beginnende Saison ausgenützt werde, wurde die nächste Generalversammlung der Gasarbeiter auf Montag, den 11. August, festgesetzt. In dieser Stunde wurden noch einige Einzelheiten über die notwendige Meinagitation besprochen.

**Maßregelungen in den Englischen Gasanstalten.**

Zu den zahlreichen Betrieben der J. C. O. A. in Berlin und Umgebung gehört auch das Gaswerk Mariendorf, welches ungefähr 210 Arbeiter beschäftigt. Im Wochenlohn zu den übrigen Betrieben, in denen die Organisation den größten Teil sämtlicher Arbeiter umfaßt, war es der Direction gelungen, seit dem Jahre 1902 alle Betriebe der Arbeiter, hat zu organisieren, durch Maßregelungen im Sinne zu erziehen. In den letzten Wochen schloß sich die Mehrzahl der Arbeiter unserer Organisation an. Diese Tatsache veranlaßte auch diesmal die Direction, ihr altes Mittel in Anwendung zu bringen.

Am Dienstag früh wurden plötzlich zwei Vertrauensleute, die Betriebsarbeiter Frenslow und der Zähler Stark entlassen. Als Entlassungsgrund wurde angegeben: Verstoß gegen die Arbeitsordnung, indem die beiden Kollegen auf dem Werk agitiert haben sollten. Außerdem wurde behauptet, sie, Frenslow und Stark, hätten den Inorganisierten mit Schlägen gedroht. Am Vormittag des gleichen Tages wurde seitens des Verbandes Ortssekretär Kollege Zimmer sowie die beiden entlassenen Kollegen beim Direktor Herrn Körting in Berlin vorgeführt. Im Laufe der Verhandlungen erklärte derselbe, daß er das Koalitionsrecht der Arbeiter in jeder Beziehung anerkenne, die Entlassungen seien aber reiflich überlegt worden, und eine Wiedereinstellung in den Betrieben der J. C. O. A. sei ausgeschlossen.

Am selben Abend noch nahm eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Kollegen des Gaswerks Mariendorf zu der Entlassung Stellung. Eingangs der Versammlung nahm der Kollege Polenske das Wort in einem kurzen Rückblick auf die Bewegung unter den Arbeitern der Englischen Gasanstalten. Die letzten Maßregelungen seien nur ein neues Glied in der langen Reihe der Maßnahme um die Rechte des Koalitionsrechtes für die Arbeiter der Englischen Gasanstalten. Zum dritten Male händen die Arbeiter des Gaswerks Mariendorf vor der Entlassung. Es liege nun an ihnen, ob die Gerechtigkeit unserer Sache oder die Willkür der Direction den Sieg davon trage. Kollege Frenslow gab dann ein anschauliches Bild von den Verhältnissen vor seiner Entlassung. Die Beamten wären sich wohl ihres Unrechtes bewußt gewesen, da keiner mit ihm verhandeln wollte. Verzeichnend für die Anhalten der leitenden Personen sei der Ausspruch des Herrn Ingenieurs Fohmer: „Die Gewerkschaftsbewegung führe um wirtschaftlichen Sinn“. Stark schloß mit dem von allen Diskussionen, redner besonders das Spitzelwesen, sowie das Verhalten des Richters Reide. Derselbe gibt sich allgemein den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit und glaubt damit „seine Arbeiter“ zu fördern. Wie es aber in Wirklichkeit damit steht, zeigt seine Ausrufung: „Die Hand-

weiter können sich allenfalls im Metallarbeiterverbande organisieren, für die Existenz von Arbeitern ist eine Organisation überflüssig". Ferner wurde ausdrücklich betont, daß sich die Entlassenen in keiner Weise gegen die Arbeitsordnung verdingen hätten. Das Gerücht vom Schlägen sei durch einen Mann verbreitet worden, dessen Zwischenvergehen allgemein bekannt seien. Die Versammlung beschloß, eine Kommission zu wählen, welche um die Wiedereinstellung vorstellig werden sollte. Zwar besteht auch in Mariendorf ein Arbeiterausschuß, leider ist derselbe aber so zusammengesetzt, daß er nicht in der Lage und auch nicht im Besitz des Vertrauens der Arbeiter ist, um die Interessen der Kollegen zu vertreten.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und von sämtlichen Anwesenden unterzeichnet:

"Die heute, am 18. Juli 1905, im Lokal von Reichardt, Mariendorf, Gauschstraße 16, zahlreich versammelten Arbeiter des Gaswerks Mariendorf protestieren ganz energisch gegen die Entlassung ihrer Mitarbeiter Prenzlau und Starl. Sie erblicken darin eine Verletzung des gesetzlich gewährleisteten Moalitionsrechtes und einen Bruch des Versprechens der Direktion, den Arbeitern bei der Ausübung dieses Rechtes keine Hindernisse in den Weg zu legen. Sie erwarten, daß die Direktion eine genaue Untersuchung vornehmen wird, welche die völlige Unhaltbarkeit der Entlassungsgründe zeigen dürfte. Durch die Entlassung ist das Vertrauen der Arbeiter zu der Direktion schwer erschüttert. Des Weiteren wendet sich die Versammlung gegen das Verhalten des Vorarbeiters Zente, der durch seine Zwischenvergehen dazu beiträgt, das Verhältnis zwischen Direktion und Arbeitern zu einem unersprechlichen zu machen. Sie wendet sich um so schärfer dagegen, da die moralische Qualifikation des Zente in jeder Weise zu wünschen übrig läßt."

Diese Resolution wurde der Direktion vorgelesen.

Die Kommission wurde am Mittwoch vorstellig, erst in Mariendorf bei Herrn Bohmer, dann in Berlin beim Herrn Direktor Mörtling. Der Empfang und auch die Verhandlungen fanden in ausgesucht höflicher Weise statt, führten aber zu keinem Resultat. Für den Abend war eine gemeinsame Sitzung sämtlicher Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse angelegt, welche den Bericht der Kommission entgegennahm und weitere Schritte zu beraten hatte. Es wurde beschlossen, unter Anwendung aller Mittel die Wiedereinstellung zu fordern. Die Organisation müsse jeder Eventualität gewachsen sein. Um aber kein Mittel zum Frieden unversucht zu lassen, wurde beschlossen, eine Resolution durch sämtliche sieben Arbeiterausschüsse zu überreichen. In derselben wird erklärt, daß seitens der Arbeiterausschüsse diese Entlassungen als Maßregelungen sowohl wie als Verletzung des Moalitionsrechtes betrachtet werden. Ferner seien die Entlassungen im Widerspruch mit der Arbeitsordnung erfolgt, welche bestimmt, daß der Entlassung stets eine zwei- bis dreimalige Vorwarnung vorausgehen solle. Dies sei aber nur im Falle Prenzlau einmal geschehen, bei Starl hingegen gar nicht. Man erwarte deshalb eine eingehende Untersuchung und baldige Wiedereinstellung. Sollte auch dieser Schritt resultatlos verlaufen, dann müsse eine allgemeine Versammlung das weitere beschließen.

Am Montag, den 21. Juli, war jedoch eine Aeußerung der Direktion in offizieller Form nicht erfolgt. Es fand deshalb am Abend dieses Tages eine Protestversammlung der Kollegen sämtlicher Engländer Gasanstalten bei Cöt in Schöneberg statt. Die Teilnehmer füllten den großen Saal bis auf den letzten Platz. Das einleitende Referat hielt Kollege Dittmer. In der Diskussion wurde dann von den direkt Beteiligten noch einmal die Entschuldig des Moalitionsrechtes ausführlich dargelegt. Besonders wurde aber das Spitzelwesen oder vielmehr Ahnwesen auf das schärfste kritisiert. Diesen „Chrenmännern", nach dem Ausspruch der Direktion, dürften die Ehren gelungen haben. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

"Die heute, am 21. Juli 1905, bei Cöt in Schöneberg, zahlreich versammelten Arbeiter, Handwerker und Angehörigen sämtlicher Engländer Gasanstalten in Berlin und Umgebung erblicken in der Entlassung der Kollegen Prenzlau und Starl eine Maßregelung.

Aus dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen hat sich gezeigt, daß die schriftlichen und mündlichen Veränderungen der Direktion, das Moalitionsrecht zu respektieren, nicht innegehalten werden. Daher verpflichten sich alle Anwesenden, nicht abzulassen, bis die Entlassenen wieder eingestellt werden und das Moalitionsrecht in den Betrieben der J. G. W. A. voll anerkannt wird.

Um aber zu bestimmen, daß alle Wege der Verständigung seitens der Arbeiter versucht werden, beauftragen die Versammelten die Ehre der Arbeiterausschüsse resp. die Vertrauensleute, noch einmal bei der Direktion wegen der Wiedereinstellung vorstellig zu werden. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wird die Ortsverwaltung beauftragt, unverzüglich weitere Maßnahmen zu treffen."

Mit einem Brausenden Hoch auf die Organisation folgte die Versammlung, die einen Markstein in der Geschichte der Bewegung der „Engländer" Gasarbeiter bedeuten dürfte.

Das einzige Auftreten der Kollegenschaft scheint aber auch in dieser ganzen Angelegenheit nicht ohne Wirkung gewesen zu sein. Bis Sonnabend, den 22. Juli, war nämlich eine Aenderung in der Stellungnahme der Direktion eingetreten. Während man am Dienstag jeden Gedanken an Wiedereinstellung weit von sich wies, erkannte man am Sonnabend, daß es doch eigentlich jammer schade sei, zwei so außerordentlich tüchtige Arbeiter brotlos gemacht zu haben. Man gab zu verstehen, daß eine Wiedereinstellung unter gewissen Bedingungen erfolgen könne. Die Kollegen erklärten jedoch, erst den Bescheid der Montagversammlung abzuwarten, da die Kollegen erst darüber beschließen mußten, unter welchen Bedingungen die Einstellung erfolgen sollte.

Die in der Montagversammlung gewählte Kommission trat aber gar nicht in Funktion da Herr Direktor Mörtling erklärte, die Regelung dieser Sache sei dem Herrn Ingenieur Bohmer übergeben. Das Resultat der weiteren Verhandlungen war dann die bedingungslos Wiedereinstellung beider Kollegen, und zwar kam Kollege Starl nach Schöneberg und Kollege Prenzlau nach der Gauschstraße.

Mit dieser Regelung der Dinge sind somit die Maßregelungen erledigt.

Wir dürfen dieses Ergebnis aber ruhig als einen Sieg der Organisation bezeichnen. Dem entschlossen jede Eventualität ins Auge fassenden Vorgehen und vor allem auch der guten Organisation der Kollegen ist diese befriedigende Lösung zu verdanken.

Offentlich behalten die Kollegen diese Tatsache im Auge und handeln danach auch in Zukunft.

**Lohn- und Achtstundenschicht-Bewegung der Hamburgischen Gasarbeiter.**

Drei Millionen Mark Reineinkommen weist die Jahresbilanz der Hamburgischen Gaswerke für das Vertriebsjahr 1904 auf. Aber für die Verbesserung der Lage der Gasarbeiter ist nichts übrig. Ihre im Juni d. J. an die Deputation für das Beleuchtungsamt gerichtete Eingabe, in welcher gefordert wurde: 1. eine zehnprozentige Lohnerhöhung (40 Pf. pro Tag) für alle Arbeiter (ausschließlich der Stofer) und 2. Einführung der Achtstundenschicht (Dreischichtwechsel) für die Feuerhausarbeiter, ist, wie schon früher mehrere ihresgleichen, wiederum rundweg abgelehnt worden. Darüber hat sich der Arbeiter eine tiefgehende Erbitterung, aber auch eine feste Entschlossenheit bemächtigt. Sie haben in drei statt besuchten Versammlungen, welche am 25., 26. und 27. Juli d. J. stattgefunden haben, den Beschluß gefaßt, die Durchführung ihrer Forderungen in Walde durch Arbeitseinstellung zu erzwingen, wenn die Deputation weiter auf ihrem eigensinnigen Standpunkt beharrt.

Um die Ursachen dieses Beschlusses zu begreifen, muß man die Verhältnisse auf den hiesigen Gaswerken kennen. Der größere Teil der Gasarbeiter hat einen verhältnismäßig ungemein niedrigen Lohn. Die Gasarbeiter bekommen nur 3,80 Mk. pro Tag. Aber dafür wird hier etwas verlangt. Diejenigen dieser Arbeiter, die die meiste Arbeit machen müssen, sind schämmer daran wie in einer Fremdstadt. Die Antreibererei hat kein Ende. Und wie rücksichtslos die „Meister" dabei vorgehen, dafür von vielen Beispielen nur eins: Zu den invaliden Arbeitern Ludwig, Gorden und Lipski, von denen der erste beiden je 13 Jahre und der letztere 20 Jahre im Dienst sind, und die ihre Mannesarbeit auf dem Gaswerk eingebüßt haben, sagt der „Obermeister" Möller am 25. d. Mts., wenn sie am nächsten Tage nicht mehr schaffen würden, hätte er keine Arbeit mehr für sie. Die drei alten Leute müssen nämlich Zunder aus der Asche sammeln, eine Arbeit, deren Ertrag je nach Beschaffenheit der Asche und Verarbeitung der Feuer sehr verschieden ausfällt. Die Arbeit wurde ehemals in Alford sehr verehrt. Als aber im vorigen Sommer die Feuerung eingeführt wurde, die Feuer 24 Stunden anhalt 12 Stunden liegen zu lassen, brannten dieselben natürlich mehr in sich zusammen; der Zunder wurden weniger, und die Zunderhammer konnten bei ihrer Arbeit den gewöhnlichen Tagelohn nicht mehr erreichen. Selbstredend waren die alten Leute nach Ansicht der Meister faul. Um dies auszuprobieren, kamen junge Leute zum Zunderammeln. Sie sammelten zwei Wochen lang, und hatten jede Woche 16 Mk. im Alford verdient. Man glaube aber ja nicht, daß den Leuten, die alle Familienväter waren, der volle, im übrigen übliche Tagelohn gezahlt wurde, wie es doch wohl anzunehmen gewesen wäre. Nichts von dem. Nun kamen aber die alten Leute wieder zum Zunderammeln, und zwar in Tagelohn. Sie haben manchmal viel, manchmal wenig Zunder zusammenfinden können. Und solchermaßen sind diese Leute in ihren alten Tagen „faul" geworden. Rechtliche Beispiele konnten wir mehr anführen, die beweisen, auf welche raffinierte und skandalöse Art und Weise die Ausbeutung der Arbeiter betrieben wird. Was es ohnehin im allgemeinen mit der Arbeit auf den Gaswerken auf sich hat, ist unseren Lesern hinlänglich bekannt. Mein Wunder, daß unsere Gasarbeiter erklären: Wenn wir nun doch hungern sollen, wollen wir lieber hungern und nicht arbeiten, als hungern und schwer arbeiten!

Mit den Feuerhausarbeitern steht's nicht besser. Zumal ihre Leistungen ganz enorme sind. Und immer mehr Arbeit wird ihnen aufgebürdet. Im vorigen Frühjahr (1904) wurde auf dem Gaswerk I (Grasbrook) die Heizern die ihnen sonst in den Sommermonaten zugewilligte Arbeitserleichterung entzogen, und in diesem

Frühjahr ist auf dem Gaswerk II (Warmbad) dasselbe gemacht worden. Sogar der Direktor der Gaswerke, Dr. Leybold, an den sich der Arbeiterausschuß beschwerdeführend wandte, erklärte, daß der Arbeit zu viel sei und Remedur eintreten solle. Aber der Werkverwaltung, die sich in dem „Obermeister“ Schneider verkörpert, fiel es gar nicht ein, dem Willen des Direktors nachzugeben. Die Mehrleitnung bleibt nach wie vor. Und die Arbeiter werden dabei aufgebracht. Daher ihre Parole: Die Verkürzung der Arbeitszeit her!

Leidet wird der Kampf für die Verbesserung des Loses der Gasarbeiter freilich nicht werden, denn die Gaswerke werden von unseren Staatsgewalten als die mildgebende Auh betrachtet. Hier sollen die Millionen, und möglichst viele, herausgebracht werden. Ob die Gasarbeiter dabei darben müssen und ihrer Gesundheit und ihres Lebens frühzeitig beraubt werden, kümmert unsere unsozialen „mildgebenden Herrschaften“ nicht. Darum müssen die Gasarbeiter mehr Vertrauen auf ihre eigene Kraft setzen. In die gewerkschaftliche Organisation hinein muß die Lösung gehen.

**Wkn. Verstrakter Streik.** Nachdem nun seit Verlauf des Streiks der hiesigen Gasarbeiter, der bekanntlich unter der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes inszeniert wurde, einige Monate ins Land gegangen sind, kommen nun auch die Einzelheiten desselben ans Tageslicht. Von den Verhandlungen selbst waren die Streikenden ausgeschlossen. Dasselben wurden mit der weiterarbeitenden Schicht, die heute in überwiegendem Maße „christlich“ organisiert ist, geführt. Den Streikenden wurde aber nicht nur der Tagelohn des Streiktages vom Lohne abgezogen, sondern sie wurden allesamt in eine Geldstrafe in der Höhe ihres jeweiligen Tagelohnes genommen. Wer sich nicht iraten lassen wollte — konnte gehen, von welchem Rechte denn auch eine größere Anzahl der Betroffenen Gebrauch machte. Eine sonderbare Praxis: Man sieht die Verurteilung des Streiks ein und gewährt Lohnzulagen — wer aber zur Erreichung dieses Zieles die Arbeit niedergelagt hatte, der wird bestraft.

**Die Gasarbeiter Leipzigs,** der städtischen Anstalt sowohl wie der Sächsisch-Thüringischen Gesellschaft, haben in den letzten Tagen wiederum für den Achtstundentag für Betriebsleute und den Neunstundentag für alle übrigen, nur am Tage tätigen Gasarbeiter votiert. Sie haben beschlossen, sich der diesbezüglichen Bewegung der Allgemeinheit der deutschen Gasarbeiter anzuschließen und die eventuell erforderlichen finanziellen Opfer durch regelmäßige Beiträge zum Achtstundentag der Gasarbeiter aufzubringen. In den betreffenden drei Versammlungen, die alle gut besucht waren, wurde besonders betont, daß die Kollegen gemeinsam operieren müssen, damit der Arbeiterbewegung diesmal das Schauspiel des Vorjahres erspart bleibe, wo eine kleine Zahl Betriebsleute aus nichtigen Gründen gegen die Einführung des Achtstundentages Propaganda gemacht, dann eine nochmalige Abstimmung im Betrieb herbeigeführt und ganze 18 Mann, bei etwa 100 in Frage kommenden Beschäftigten, zur Gegnerschaft für diese Sache bewegen habe. Herr Stadtrat Wunder habe dann auch dieses Votum gegen die Verwirklichung des beflagten Antrages ausgespielt. Es soll deshalb unter den Gegnern des Achtstundentages noch in auffälliger Weise gewirkt werden.

**Die Mannheimer Laternenwärter,** welche seit Anfang dieses Jahres in unserem Verbands organisiert sind, hatten im Februar dem Stadtrat eine Eingabe um Verbesserung ihrer Lage eingereicht. Der Arbeiterausschuß beantragte:

1. An Stelle des bisherigen Lohnes von 46 M. pro Monat 60 M.

2. Monatlich einen freien Tag unter Zahlung des Lohnes.

3. Den Ersakenten, wie früher üblich, auch bei Krankenentloren das Ertragsgeld zu bezahlen.

4. § 7, Absatz 2, des Dienstvertrages der städtischen Laternenanzünder fällt weg. Dieser Absatz hat folgenden Wortlaut:

„Sollte jedoch die Krankheit des Laternenanzünder länger als vier Wochen dauern, so steht dem städtischen Gaswerk das Recht zu, den Ertragmann dauernd in die Funktion des abwesenden Anzänders einzusetzen. Nachdem der auf diese Weise seiner Arbeit enthobene Anzänder wieder vollständig hergestellt ist, kann er so lange als Ertragmann beschäftigt werden, bis wieder eine offene Stelle als Anzänder frei wird, mit welcher er alsdann betraut wird.“

Zur Begründung wurde angeführt:

„In Punkt 1: Bisher wurde unsere Tätigkeit für die Stadtgemeinde als Nebenbeschäftigung angesehen. Bei genauerer Prüfung der Verhältnisse ergibt sich jedoch, daß es bei dem größten Teile der Anzänder die Hauptbeschäftigung ist. Die Arbeitszeiten, das Anzünden, die Kadettour und das Löschen am Morgen liegen so ungenügend, daß uns am Tage, namentlich zur Winterzeit, kaum sechs Stunden zu weiterem Erwerbe übrig bleiben, während wir im Sommer von abends 7 bis 10 Uhr, 11 bis 12 Uhr und 12 bis 3 Uhr im Dienste sind, also unbedingt am Tage einige Stunden schlafen müssen, so daß auch im Sommer nur wenig Zeit übrig bleibt. Bei den teuren Wohnungs- und Lebensmittelpreisen

Mannheims ist es nicht möglich, in der kurzen Zeit, die uns nach Ausübung des städtischen Dienstes noch übrig bleibt, so viel zu verdienen, daß es zur Ernährung einer Familie ausreicht.

Zu Punkt 2: Die Gewährung eines freien Tages pro Monat unter Fortzahlung des Gehaltes halten wir für eine durchaus berechtigte Forderung, da wir jeden Tag ohne Ausnahme im Dienst sein müssen, und es somit der Gerechtigkeit und der Billigkeit entspricht, auch uns monatlich einen freien Tag zu bewilligen.

Zu Punkt 3: Den Ersakenten wird, sobald sie für einen kranken Anzänder eintreten müssen, das Ertragsgeld abgezogen. Wir halten diesen Abzug für durchaus unbedeutend, da die Ersakente durch Dienstvertrag verpflichtet sind, sich jeden Tag zum Anzünden und Löschen im Wachtel einzufinden und dafür nur geringe Entschädigung erhalten. Bemerkenswert ist auch, daß ein Abzug des Ertragsgeldes früher nicht stattfand, während es seit unseiner einem Jahre in Abzug gebracht wird, obwohl dies laut Dienstvertrag unzulässig ist.

Zu Punkt 4 (§ 7, Absatz 2): Die Enthebung eines Anzänders von seinem Dienste infolge mehr als vierwöchentlicher Krankheit halten wir für eine ungedultige Härte, da die Aussicht auf einen geringeren Verdienst nach der Genesung auf einen Kranken zweifellos einen ungenügenden Einfluß ausüben muß.“

Die Eingabe hat den Erfolg gezeitigt, daß der Lohn erhöht wurde, und zwar auf 52 M. monatlich. Die Nebenforderungen sind alle abgelehnt worden. Immerhin machen die 6 M. Zulage schon etwas aus und die Kollegen hoffen, daß bei weiterer Organisations-tätigkeit noch mehr erreicht werden kann.

Durch die Ablehnung der anderen Forderungen sind die Gründe, die für sie maßgebend waren, noch keineswegs hinfällig geworden.

## Aus unserer Bewegung.

**Berlin IV.** (Englische Gasarbeiter.) Sektionsversammlung am 10. Juli bei Dohrenin. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referiert unter lebhaftem Beifall der Versammlung Genosse D. Schubert über: „Die Volksliste“. Den Bericht der Sektionsleitung für das verlossene Quartal gab Kollege Polenske. Die Verbesserung in den Organisationsverhältnissen, die schon am Ende des ersten Quartals zu verzeichnen war, hat auch im zweiten Quartal weitere Fortschritte gemacht. Fast einer tüchtigen Agitation gelang es endlich im Gaswerk Weichense und vor allem in Marxendorf seinen Fuß zu fassen. Im letzteren Werk beträgt die Mitgliederzahl jetzt weit über 100 und nicht zu erwarten, daß in Kürze die große Mehrzahl der dortigen Kollegen der Organisation angehören. Ebenso gelang es nach wiederholten Versuchen, in Wilmersdorf eine Zählstelle zu gründen, welche sich gut entwickelt. Fortschritte, zum Teil bedeutende, sind in sämtlichen Zählstellen zu verzeichnen. Ueber Erwarten günstige Resultate hat die Organisation speziell bei den Laternenwärttern zu verzeichnen, von denen nunmehr die große Mehrzahl organisiert ist. Der Mitgliederbeitrag betrug am Schlusse des ersten Quartals 557. Neueinsparungen fanden 259 statt. Demgegenüber fanden 160 Austritte. Diese große Zahl erklärt sich dadurch, daß bei Aufstellung der neuen Mitgliederliste alle diejenigen getilgt wurden, die über die zulässige Zeit mit ihren Beiträgen im Rückstand waren. Am Schlusse des Berichtsquartals betrug mithin die Mitgliederzahl 686. Mit den in der Zwischenzeit eingegangenen Aufnahmen ist die Mitgliederzahl auf 750 gestiegen. Die neue Mitgliederliste wird eine bessere Kontrolle der Mitglieder ermöglichen, so daß die Rückstände, wie sie bisher immer zu verzeichnen waren, in Zukunft ausgeschlossen sind. Im letzten Quartal fanden drei Vorstandssitzungen, eine Vertrauensmännerversammlung, eine Sitzung der Ausschüsse, eine der Beitragskammer, ferner eine Sektionsversammlung, zwölf Betriebs- und neun Agitationsversammlungen statt. Briefe, Karten usw. kamen durch die Sektionsleitung 207 zum Versand. Eine lebhaft Agitation wurde in der Frage des Acht- resp. Neunstundentages entwickelt. Das Resultat waren die dahingehenden Anträge für die Arbeiterausschüsse, welche in nächster Zeit zur Verhandlung kommen. Positive Verbesserungen wurden im Berichtsquartal durch die Erhöhung der Minimallohne um 20 bzw. 40 Pf. pro Tag erzielt. Diese Löhne betragen jetzt 4 M. resp. 4,20 M. Eine teilweise Regelung der übrigen Löhne hat in letzter Zeit stattgefunden. Es scheint dabei aber sehr nach Gunst gegangen zu sein, und die Direktion wird sich, will sie die herrschende Unzufriedenheit beseitigen, wohl über über zu einer generellen Regelung beugen müssen. Eine bedeutende Erhöhung ihrer Akkordlohne setzten die Schönberger Mohlenarbeiter durch. Den Laternenwärttern gelang es, die Zeit für Erreichung des Höchstgehaltes um fünf Jahre herabzusetzen. Die Gasglühlichtarbeiter setzen die Einführung einer neuen Arbeitszeit durch, auch wurde ihr Wunsch auf Vierung besserer Regumittel erfüllt. Den Bericht des Kassierers gab an Stelle des verabschiedeten Kollegen Weitz Polenske; danach betragen die Einnahmen der Sektionskasse inf. eines Verlaudes von 204,01 M. 225,79 M., die Ausgaben 102,85 M., mithin bleibt ein Ueberschuß von 122,94 M. Auf Antrag Zenzel wurde dem Kassierer Dedache erteilt. Da Kollege Weitz sein Amt als Kassierer niedergelegt, wurde an seiner Stelle Kollege

Fritz Zarella gewählt, sowie an dessen Stelle Kollege Niemann, Schwaberg, als Schriftführer. Der Punkt 5: „Vertrag mit dem Verein Hauspflege“ wurde als erledigt betrachtet, da die Direktion den Vertrag abgeschlossen habe und es jedem Arbeiter freisteht, ob er die Hilfe des Vereins in Anspruch nehmen will. Zu Punkt 6: „Aufgaben für die Arbeiterauschüsse“ gelangten einstimmig folgende Punkte zur Aufstellung: 1. Einführung des Acht- resp. Neuntundenlages; 2. Sitzung mit der Direktion in wichtigen Fragen; 3. Zuziehung von Arbeitern bei bestimmten Fragen. Diese Forderungen gelten als allgemeine für sämtliche Ausschüsse. Die Spezialforderungen bleiben den Betriebsversammlungen überlassen. Nachdem der Vorsitzende noch auf das bevorstehende Sommerfest hingewiesen und es allen Kollegen zur Pflicht gemacht, auch im neuen Vierteljahr mit allen Kräften für die Organisation einzutreten und mitzuarbeiten, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

**Berlin.** (Sektion V, Straßenreiniger.) In den Arminshallen fand am 10. Juli eine von circa 500 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung statt. Dieselbe befaßte sich mit der Frage: „Was soll der Arbeiterauschuss vertreten?“ Kollege Schulz befuhrte zuerst ein Eintreten für folgende Punkte: 1. Einführung eines Anfangslohnes von 4 Mk., mit dem Dienstatler steigende Lohnskalen; 2. Zahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit mit 25 Proz. Aufschlag und 3. Einführung einer Wöchentlichen Ruhepause pro Woche (freien Montag). In Hinblick auf die von Jahr zu Jahr steigenden Preise der Lebensmittel ist es dem Arbeiter unmöglich, sich und die Seinen vernunftgemäß zu nähren und zu kleiden. Dabei doch selbst freimüthige Stadtverwaltungen (München, Nürnberg) nicht bloß zugeben, sondern in Petitionen an die Reichsregierung sogar behauptet, daß die große Masse der Bevölkerung bei den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen eine Nahrungsmittelkrise leidet. Diese Verhältnisse werden sich mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge im kommenden Jahre noch bedeutend verschlechtern. Der Magistrat hatte seinerzeit in einer Petition gegen die Handelsverträge Stellung genommen, daß die Stadtverwaltung, würden die Handelsverträge Gesetz, gezwungen wäre, die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten zu erhöhen. Derselben Ansicht sind die Arbeiter der Berliner Straßenreinigung auch. Das trat besonders bei den stattgefundenen Wahlen zum Arbeiterauschuss zutage. Ueber die Hälfte aller im Betriebe beschäftigten wahlberechtigten Arbeiter stimmten unter der Parole „Einführung eines Minimallohnes von 4 Mk. usw.“ für die Kandidaten des Verbandes. Trotzdem in den meisten Bezirken von einer gebührenden Wahl, wie festgesetzt, eigentlich eine Rede war. Die gewünschte Neuregelung besteht darin, daß nicht für 7 Tage ein Wochenlohn von 24,50 Mf., sondern für 6 Tage 24 Mk. Anfangslohn gezahlt wird. Dazu Extrabezahlung der notwendigen Sonntags- und Überstundenarbeit. Unter Zugrundelegung der Arbeitsverhältnisse des Jahres 1903 wären demnach zu bezahlen:

328 volle Tage à 4,00 Mk. = 1312,00 Mk.  
 21 3/4 Std.-Dienste à 1,35 „ = 29,35 „ } = 1340,35 Mk.  
 Somit blieben 16 dienstfreie Montage.

Wir erhalten heute bei 365 Arbeitstagen, pro Jahr	349 Arbeitstagen, 16 dienstfreien Montagen, pro Jahr	Nach der neuen Berechnung bei 349 Arbeitstagen, 16 dienstfreien Montagen, pro Jahr
Im Anfang . . . . . 1277,50 Mk.	Im Anfang 1340,35 (+ 62,85) Mk.	Im Anfang 1405,95 „
Nach d. 3. bis 4. Jahr 1908,75 „	„ „ 2. Jahr . . . . . 1474,70 „	„ „ 4. „ . . . . . 1540,00 „
„ „ 9. „ 10. „ 1400,00 „	„ „ 6. „ . . . . . 1611,15 „	„ „ 8. „ . . . . . 1677,90 „
	„ „ 10. „ . . . . . 1677,90 „	

Eine weitere Dienstklassenklasse nach dem 12. Jahre mit 1705,60 Mark läme für die Vorarbeiter und auf dem Hauptdepot beschäftigte Handwerker und Arbeiter in Betracht. Um auch hier eine klare, übersichtliche und gerechte Entlohnung zu haben, wäre der Vorschlag zu machen: Arbeiter, welche Vorarbeiter oder als Handwerker zum Hauptdepot versetzt werden, erhalten mit dem Tage ihres Eintrittens in die betr. Stellung den Lohn für die nächsthöhere Lohnklasse. Z. B. ein Arbeiter wird mit 6 Jahren Vorarbeiter, befame dann die 8. Jahresklasse 1640 Mk. (bei 319 vollen Tagen 30mal 3 Stunden Dienst, 16 freien Tagen). Soweit die Handwerker heute einen höheren Lohn beziehen, dürfte derselbe nicht etwa gekürzt werden. Der Anfangslohn, 4,00 Mk., ist für die Arbeiter der städtischen Gasanstalten usw. schon eingeführt. Wenn schon eine Probezeit festgesetzt ist, ehe man sie in Dienste der Straßenreinigung eine „Lebensstellung bei täglicher Mündigkeit“ erringt, so mag das angehen. Man möchte dann aber zu dem gewöhnlichen Tagelohn von 3 Mk. auch gleich einen Schmachtriemen liefern. Jetzt und beweist unsere Verwaltung bei der Frage der Vorentlohnung ihr Wohlwollen und sozialpolitische Einsicht, so wird das von den Arbeitern sicher anerkannt werden. Die Neuregelung bedeutet in etwas eine Verringerung der heutigen unbilligen Verhältnisse. Zum anderen würde die Direktion in betreff des Zu- und Abganges der Arbeiter stabilere Verhältnisse vorzeichnen können. Mit der beantragten Erhöhung der Löhne würden ohne Schäden für die Kollegen die freien Montage wie früher eingeführt werden

können. Damit würde ein von allen Kollegen lang gehegter Wunsch in Erfüllung gehen. In der Diskussion ergriff Verbandssekretär Dittmer das Wort. Seiner Ansicht nach erkläre sich der übergroße Teil sämtlicher Kollegen für die vorgetragenen Ansichten. Namentlich ist es aber, daß alle, Mann für Mann, solle der Ausschuss für die betreffenden Punkte eintreten, hinter ihm stehen. Die beste Stütze ist der Verband. Keiner möge sich durch Verleumdungen und Beeinflussungen abreden lassen. Dann werde man auch z. B. dem so beliebten System der Geldstrafen etwas auf den Leib rücken. Daß Kollegen nach Feierabend ihre, einzelnen Herzen nicht beliebte, Ansichten als Mitglieder des Verbandes geltend machen, scheint auch schon mit Geldstrafe belegt zu werden. Wenn auch schon die abgegangenen Märkte zum Wohle der Arbeiter verwendet werden (?), dem, den die Strafe trifft, ist das doch ein schlechter Trost. Nach einigen treffenden Äußerungen über die Wirksamkeit des Verbandes ermahnte Kollege Dittmer zum Anschluß an den Verband. Der Arbeiterauschuss ist gehalten, auf Grund der Versammlungsbeschlüsse die beregten Wünsche der Direktion zu unterbreiten. Nach einer markigen Ansprache des Vorsitzenden Kollegen Müller, endete die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Verband.

**Dresden.** (Öffentliche Versammlung am 22. Juli 1903.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Voersch über: „Wert und Wirkungen der Arbeiterauschüsse“. Dieran schloß sich eine Kritik über das Verhalten einiger Arbeiterauschüsse der Stadt Dresden. Es ist vorgekommen, daß der Ausschuss als Vorkund der Arbeiter auftrat. Einige Betriebsarbeiter mußten sich von der Betriebsleitung Zurechtweisungen und Warnungen sagen lassen, weil einfach der Ausschuss die Namen seiner Auftraggeber mitgenommen hatte. Ob er dazu aufgefordert wurde, ist nicht bekannt, jedenfalls ist der Zweck der Ausschüsse verfehlt, wenn solche Sachen vorkommen.

Die Kanalarbeiter hatten ihren Ausschuss beauftragt, wegen Abschaffung der 11stündigen Arbeitszeit im Sommer vorstellig zu werden. Das Tiefbauamt ließ eine Abstimmung unter den Arbeitern vornehmen, wobei auch noch andere Fragen vorgelegt wurden. Das Resultat war Beibehaltung der 11stündigen Arbeitszeit im Sommer (wohlverstanden bei Kanalarbeitern). In der betreffenden Sitzung wurde dem Ausschuss entgegengehalten, die Arbeiter wünschten das Gegenteil seines Antrages. Der Ausschuss der Gruppe A, welcher am 7. April von einer großen Versammlung aufgefordert wurde, sein Amt niederzulegen, wurde vor kurzer Zeit vom Tiefbauamt zu einer Sitzung geladen. Dort wurde ihm von Herrn Baurat mitgeteilt, es wären von nichtorganisierten Tiefbauarbeitern Beschwerden eingegangen über Terrorismus durch organisierte Arbeiter. Die Leute seien bedroht worden mit Verbaueu oder noch Schlimmerem; die Kleider seien ihnen verunreinigt worden, in den Haubden werden sie nicht gelitten und anderes mehr. Einer dieser Erben und Bedrängten hat zwar in Trunkenheit während der Arbeitszeit seinen Kollegen die Sachen verunreinigt, aber dieses kommt gar nicht in Betracht, das müssen sich die Organisierten schon gefallen lassen. Diese Sorte verkauft lieber ihr Geld, als daß sie sich organisieren, sie wissen ganz genau, daß Trunkenheit nicht so gefährlich für sie ist wie die Organisation. Wer diese Bedrängten seien, hat auch der Ausschuss nicht erfahren; nachdem er aber Aktenstücke genommen hatte, daß das Tiefbauamt einen der schlimmsten Sünder haben entlassen müssen, hat der Ausschuss durch seine Unterschrift dokumentiert, daß er sich damit einverstanden erklärt. Wenn einige Arbeiter sagen, der oder die Organisierten lassen uns nicht in Ruhe, so wird ein „Sünder“ entlassen. Ob er schuldig ist oder nicht, das bestimmt das Tiefbauamt. Verteidigen kann sich so ein Angeklagter nicht, weil er einfach nicht vorgelassen wird und auch nicht weiß, wer seine Ankläger sind. Ein Totschläger oder ein Spibube hat das Recht der Verteidigung, ein organisierter ehrlicher Arbeiter aber nicht. Unter solchen Umständen ist die höchste Unzufriedenheit unter den Arbeitern entstanden; sie haben ihrer Meinung in folgender Resolution Ausdruck verliehen:

Die am 22. Juli im Saale des Volkshauses versammelten städtischen Arbeiter erblicken in ihrer jetzigen Vertretung eine Verschlechterung gegen früher, wo es jedem Arbeiter möglich war, seine Wünsche vorzubringen.

Die Arbeiter fordern, wenn die Ausschüsse bestehen sollen, daß diese von allen beschäftigten Arbeitern gewählt werden und daß auch jeder beschäftigte Arbeiter gewählt werden kann.

Die Versammelten richten deshalb an den Rat der Stadtgemeinde Dresden das Eruchen, die allgemeine Arbeiterordnung dahin zu ändern, daß die Neuwahlen der Arbeiterauschüsse auf Grund des gleichen Wahlrechts für alle städtischen Arbeiter stattfinden können.

Die Versammelten sind überzeugt, daß nur ein solcher Ausschuss das Vertrauen der Mehrzahl der Arbeiter besitzen kann, und daß es dem Ausschuss dann möglich ist, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden.

Diese Resolution fand einstimmig Annahme. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, sie dem Rat der Stadtgemeinde zu unterbreiten. Desgleichen soll an den Rat das Eruchen um Mitteilung gerichtet werden, ob die Neuwahlen der Ausschüsse auf Grund eines neuen Wahlrechts stattfinden werden.

Zum zweiten Punkt berichtet Kollege Voersch über den stöner Gewerkschaftsbesuch in ausführlicher Weise. Die Versammlung war mit den Ausführungen des Kollegen Voersch einverstanden und spendete ihm reichlichen Beifall. Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte wurde eine Diskussion über den Kongressbericht mit großer Mehrheit abgelehnt.

Sodann meldet sich ein gewisser Herr Freißer (Tiefbauarbeiter) zum Wort. Er führt an, er werde verdächtigt, das Material zu der Sache gegen die Organisation geliefert zu haben. Er weist diese Beschuldigung zurück und bedauert, daß der Kollege Stephan der Betroffene ist, ihm traute er keine Gewalttätigkeiten zu. Er meint, es sei dem Kollegen Stephan Unrecht geschähen. Freißer ist sehr entrüstet, weil gegen ihn eine solche Verdächtigung gefallen sei, auch habe man ihn mit einem Schimpfnamen betitelt. Das alles aber sei unwahr, er sei ein Ehrenmann, sonst hätte ihn der Rat zu Dresden nicht ständig gemacht (aus der Versammlung wird gerufen: „Spion runter“), also sei die Verdächtigung unbegründet. Unter heftigen Protestrufen wird Freißers Verteidigung geschlossen. In der weiteren Diskussion wird Freißer zum Vorwurf gemacht, wenn er ein so großer Ehrenmann ist, warum er sich dann noch nicht dem Verbandsangehörigen habe. (Freißer ruft: „Werde ich in nächster Zeit tun!“) Kollege Freißler verwahrt sich gegen die Vorwürfe Freißers. Kollege Behold kritisiert scharf eine solche Handhabung der Rechtsprechung, wenn man nicht den Mut habe zu sagen, wer die Ankläger sind, braucht man sich allerdings nicht wundern, wenn man solche Demagogen als Kumpen bezeichnet.

Es wurden noch Mißstände bei Vergebung der Wachen und der Sonntagsarbeit in der 1. Inspektion des Tiefbauamtes angedeutet, desgleichen über die Affordarbeit. Diese Arbeiten sollen der Reihe nach geordnet werden. Der Herr Inspektor Schröder hat das wiederholt angeordnet, aber immer bleibt es bei Mißständen, die im Interesse des Friedens sehr leicht vermieden werden können. Der Kanalarbeiter Richter mußte wegen Aufbeistörung gewaltsam aus dem Saale entfernt werden, nachdem er trotz dreimaliger Aufforderung nicht freiwillig ging und auch seine Aufbeistörung fortsetzte. Noch ein anderer Herr mußte aus dem Saale gewiesen werden, dessen Namen wir vorläufig nicht nennen wollen, hoffentlich verlohnt er uns in Zukunft mit seinen Besuchen. Beide Straftäter gehören nicht unserem Verbandsangehörigen an. Richter ist verdächtig, im Auftrage gewisser Personen erschienen zu sein.

Düsseldorf. Die Mitgliederversammlung am 5. Juli war nur sehr mäßig besetzt, was Anlaß gab, die Kollegen auf die große Bedeutung eines guten Versammlungsbesuches erneut aufmerksam zu machen. Die Abrechnung vom Verbandsvermögen ergab einen Heberlohn von 31 M., welcher Betrag bei der Sparkasse deponiert werden soll, um für örtliche Zwecke für später Mittel zur Hand zu haben. Vom Verbandslohn wurde noch berichtet, daß alle Teilnehmer von dem guten Verlauf sehr erfreut waren. Hauptsächlich der Lohnforderungen wurde eine Eingabe an den Stadtbaumeister befolgt, um den Wegebauarbeitern einen einheitlichen Winter- und Sommerlohn in Höhe von 3 M. 50 Pf. zu sichern. Die Eingabe ist bereits am 11. Juli abgegangen und hoffen die Kollegen, daß man sie einer Antwort würdigt. Eine Eingabe der Gärtnereorganisation ist nämlich bisher ohne jede Antwort geblieben. Kollege Heberling erörterte dann das Wesen und die Bedeutung der Zeilergewerkschaft und ermahnte die Mitglieder zur ordnungsmäßigen Einleitung einer solchen Karte pro Quartal. In der nächsten Mitgliederversammlung soll von einem Arzte über die Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter gesprochen werden, weshalb ein guter Besuch unerlässlich ist. Von Kollegen der Straßencleaning wurde auf die schwere Arbeit hingewiesen und auf die Notwendigkeit eines halben Ruhetages in der Woche. Diese Angelegenheit soll noch speziell diskutiert werden. Ferner soll ein anderes Versammlungslokal beschafft werden. Nach einer längeren Anfrage des Kollegen Heberling, welcher die Mitglieder zu größerer Teilnahme am Verbandsleben aufforderte, fand die Versammlung ihren Schluß.

Nachdruck ist. Wir möchten ebenfalls die Düsseldorfener Kollegen ermahnen, dem Vertrauensmann die Arbeit zu erleichtern. Das geschieht dadurch, indem sie zahlreich in den Versammlungen erscheinen und am Verbandsleben regen Anteil nehmen. Eifrige Mitarbeit in den Verbandsfördervereinen als Filialvorsitzenden, Revüor und dergleichen ist unbedingt erforderlich, wenn es vorwärts gehen soll. Ebenso muß jeder Kollege es sich zu seiner Aufgabe machen, jede Woche mindestens einen seiner Mitarbeiter als Verbandsmitglied zu werben, bis sie alle organisiert sind. In Düsseldorf ist noch vieles zu verbessern und die Kollegen können ihre Lage sehr wohl erträglicher gestalten helfen, wenn sie alle eifrige Verbandsmitglieder sind. Aber ohne starke Verbandsfiliale ist nicht viel zu erreichen und darum denkt an das betannte und wahre Wort: „Einigkeit macht stark!“ Auf zur Agitation für den Gemeindearbeiterverband.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 23. Juli, fand hier eine öffentliche Versammlung statt, deren Besuch in Anbetracht der Jugend der hiesigen Bewegung ein guter war. Kollege Heinrich Schäfer-Köln behandelte in einem einstündigen Referate das Thema: „Die Entwicklung des Gemeindearbeiterverbandes und der hiesige christ-

liche städtische Arbeiterverein.“ Kollege Heberling ergänzte die Ausführungen des Referenten. Besonders wies er auf die niedrigen Löhne der städtischen Arbeiter hin; ein Tagelohn von 2,60 M. sei keine Seltenheit. Um die Organisation der städtischen Arbeiter niederzuhalten, um so die derzeitigen miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu konservieren, treibe man die Arbeiter in die „aristokratischen“ Vereinigungen bzw. in das Paulushaus oder aber man gründe unter „besonderer Sympathie“ des Herrn Direktors Gefangenevereine. Dadurch sei keineswegs den Interessen der Kollegenchaft gedient. Es sei Aufgabe eines jeden Kollegen, durch lebhaftest Agitation den Verband in dem Maße zu stärken, daß derselbe in der Lage sei, alle diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Wider Erwarten kam es zu keiner Auseinandersetzung mit den „Christlichen“. Dieselben verließen bereits nach Beendigung des Referates den Saal. — Zum Schluß teilte der Kollege Heberling noch mit, daß auf die Eingabe der Wegebauarbeiter um Gleichstellung der Löhne im Winter und Sommer an den Stadtbaumeister Tharandt noch keine Antwort eingegangen sei. Zu weiteren machte er darauf aufmerksam, daß in der nächsten Versammlung ein hiesiger Arzt über die Verunsicherungen der Gemeindearbeiter sprechen wird. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Görlitz. Die am 21. Juli stattgefundene Mitgliederversammlung war mäßig besetzt. Dieselbe beschäftigte sich zunächst mit einigen Kollegen, die das Recht zu haben glauben, den Vorkassenschlag von wöchentlich 5 Pf. für welchen den Mitgliedern ein Krankengeldzuschuß gewährt wird, nicht bezahlen zu brauchen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erinnert die Versammlung die Säumigen an ihre Pflicht. Für das Abfuhrwesen wurde die Hauskassierung eingeführt. Die Versammlung ist hiermit einverstanden. Die Hinausführung der Abrechnung wurde getadelt, da aber einzelne Unterkassierer mit der Abführung der Gelder nicht allzu eilig waren, so konnte den Kassierern kein Vorwurf treffen. Zum Schluß hielt noch Kollege Heinrich Schäfer einen Vortrag über: „Der Gemeindearbeiter im Massenkampf“. Eine den Ausführungen zustimmende Resolution fand einstimmige Annahme.

Gamburg. Mitgliederversammlung am 20. Juli in der Festungsballe. Die vom Kassierer Reitel vorgelegte Quartalsabrechnung weist einen Vermögensbestand von 3705,95 M. auf. Der Unterhaltungsfonds beträgt 1801,46 M. Die Filiale zählt 2319 Mitglieder. Der Kollege Kuth, Obmann der Meißner, beantragte, für den Kassierer ein Vertrauensstimmum zu beschließen, denn die Mahngeschäfte wären bei allen Revisionen in besserer Ordnung vorgefunden worden. Es wird so beschließen. Die von unterstützungsbedürftigen Kollegen vorliegenden Anträge auf verbandstetige Unterbringung werden, nachdem der Vorstand jeden einzelnen Fall ausführlich dargelegt und nachgewiesen hatte, daß die betreffenden Kollegen unverändert in Not geraten und einer Weisheit dringend bedürftig seien, Abrechnung erledigt, daß die Kollegen P. und W. je 20 M., S. D. P. und R. je 15 M. erhalten sollen. Auf Antrag des Vorstandes werden die Mitglieder Garbers, Jahnke, Hiesberg, Cadelberg (Maurerarbeiten), Schärer, Pfahsal und Bergmann (Arbeiter bei der Wanderration), welche dem Verbandslohn 13 Wochenbeiträge und mehr schulden, aus dem Verbandslohn ausgeschlossen. Der Vorsitzende ermahnt zur pünktlichen Beitragszahlung. Am Ende des abgeleiteten Quartals seien 230 Mitglieder von 6—12 Wochen mit ihrer Beitragszahlung im Auslande geblieben. Die Zahl derjenigen Mitglieder, welche dem Verbandslohn weniger als 6 Wochenbeiträge schuldeten, sei noch viel größer. Das sei ein unbilliger Zustand. Das Verbandsstatut schreibe einwöchentliche Beitragszahlung vor. Bei uns würden die Beiträge alle zwei Wochen eingehoben, und dann müsse jedermann zahlen. Wohl könne es vorkommen, daß ein Mitglied infolge ungünstiger Erwerbs- oder familiären Verhältnisse mit seinen Beiträgen rezidieren müsse, aber sehe man die Beitragslisten ein, so finde man, daß die zahlungsfähigen Mitglieder jährlich, jahraus dieselben seien. Und nicht selten wären es gerade solche Mitglieder, die am leichtesten zahlen könnten. Jetzt könnten sie die 25 Pf. pro Woche nicht müssen und früher die 15 Pf. wöchentlich nicht aufbringen. Das sei die reine Zahlungsunfähigkeit. Die Leute wollten alle etwas durch den Verband gewinnen, aber nur selber keine Opfer bringen. Und die Bewegung habe darunter zu leiden, denn ein großer Teil der Tagelöhner der geschäftsführenden Kollegen müsse angewendet werden, um diesen Wirrwarr im Beitragszahlen in seinen Einzelheiten nachzuführen, zu klären und überichtlich zu ordnen. Alles Arbeit und Geldlohn, die bei etwas mehr gutem Willen der Mitglieder geklärt werden könnten. Die Mitglieder möchten bedenken, daß wir nach Ablauf der Dinstagszeit in eine große, allgemeine und lebhafteste Bewegung eintreten, um in die Verhandlungen über die Lohn- und Vermögensfrage wieder kräftiges Leben zu bringen. Dazu seien aber Arbeitskräfte und Geld nötig. Darum: Nehmt Gewissenhaftigkeit in der Beitragszahlung! Die Abrechnung vom Maien ergab ein Defizit von 42 M. Schönberg sagt: Auch dieses Resultat beweise, wie wenig Verantwortlichkeitsgefühl unsere Mitglieder hatten. In einer von 300 Mitgliedern besuchten Versammlung sei das Arrangement beschlossen worden, aber die große Mehrzahl habe sich in keiner



Weise daran beteiligt. Was man nicht mit ausführen wollte, solle man auch nicht beschließen. Mit dem Handheben in Versammlungen allem sei noch nichts getan. Heber das Hamburger Gewerkschaftsblatt und das Arbeitersekretariat im Jahre 1904 hatte der Kollege Lüth das Meferat. Er spricht zunächst über das im allgemeinen erfreuliche Anwachsen der Mitgliederzahlen der zentralen Gewerkschaften. Leider seien hier am Orte in den letzten Jahren einige Gewerkschaften im Mitgliederbestand zurückgekommen. Unsere Pflicht sei, so zu arbeiten, daß wir stets Fortschritte machen bis dahin, wo alle Hamburger Staatsarbeiter organisiert sind. Auch möchten die Kollegen auf ihre eigene Ausbildung in jeder Hinsicht bedacht sein und zu dem Zwecke die Bibliothek des Kartells, die allen unentgeltlich zugänglich ist, in Anspruch nehmen. (Die Bibliothek befindet sich Gänsemarkt 35, Et. 2.). Das ebendortselbst befindliche Arbeitersekretariat gibt unentgeltlich Rat und Auskunft und fertigt die erforderlichen Zertifikate an in Sachen, die die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung, das Zivil- und Strafrecht, die Staatsanwaltschaft und das Bürgerrecht u. u. betreffen. Aber man solle sich in diesen Dingen in jedem Falle rechtzeitig dorthin wenden. Zu Messoren werden W. und Lange gewählt, und Foj, zum Kartell-Delegierten. Heber die Anregung von Schul- und Genossen, eine Rahne für die Filiale zu beschaffen, konnte trotz längerer Diskussion keine Einigung erzielt werden. Es wurde beschlossen, dem Hilfsbeamen der Filiale die Hälfte der Beiträge zu der Unterstützungsgenossenschaft der Arbeiterangehörigen ab 1. April d. J. zu vergüten. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 17. August statt.

**Hamburg - Ohlsdorf.** Die Friedhofsarbeiter hatten sich nahezu sämtlich am 11. Juli im Lokale des Herrn Rieder's, Ohlsdorf, eingefunden, um die Vorträge unseres Verbandes und speziell das Wirken unserer Hamburger Verbandeskollegen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Hamburger Staatsarbeiter kennen zu lernen. Das darüber von dem Kollegen Schönberg erhaltene Meferat fand lebhaften Widerhall. Heber 100 Kollegen (Gärtner, Leichenräumer, Planarbeiter usw.) sind unserem Verbande beigetreten. In einer späteren Zusammenkunft wurden Fragen der inneren Organisation erledigt. Unter den neuen Kollegen herrscht ein lebhaftes Interesse für unsere Sache. Heber den Ohlsdorfer (Hamburger) Friedhof und die Lage der dort beschäftigten Angehörigen und Arbeiter werden wir das nächste Mal ausführlich berichten. Gruß den neuen Mitkämpfern!

**Lohnbewegungen in Hamburg.**

**Schloßschlichter bei der Stadtwasserkunst.** Die nicht pensionsberechtigt angestellten Schlichtergehülften haben sich an die Deputation für die Stadtwasserkunst gewandt mit dem Ersuchen, sie mit den pensionsberechtigten angestellten Schlichtergehülften in die gleiche Gehaltsstufe zu legen. Eigentümlich ist diese Eingabe eine formelle Anfrage an die Deputation, wie es mit der im Vorjahr eingereichten Petition, betreffend dieselbe Sache, steht. Auf diese Petition zu antworten, hat die Deputation nämlich die Zeit noch nicht erübrigen können.

Die dienstlichen Verhältnisse der Schloßschlichter und deren Gehülften liegen recht merkwürdig, wie denn in den Hamburgischen Staatsbetrieben bekanntlich vieles recht merkwürdig zuecht. Es gibt Schloßschlichter, sein (pensionsberechtigten) angestellte Schlichtergehülften und nicht sein angestellte Schloßschlichtergehülften. Der Dienst ist für alle drei Gruppen vollständig gleich. Alle haben den Betrieb der Wasserleitungen zu überwachen, die Abflüsse im Möbrennetz zu beschaffen, die Instandhaltung und Reinigung der Notpumpen, Schöße, Areibrunnen zu besorgen, Spülungen vorzunehmen, nach Beschädigungen dieser Dinge zu sehen und für deren Beseitigung aufzukommen, bei Feuerlöschung die Wasserentnahme zu befehligen, Arbeiten am Möbrennetz zu beaufsichtigen usw. Und für alles dies hat jeder Schloßschlichter bzw. jeder Gehülft seinen Bezirk, für den er allein verantwortlich ist. Jeder muß in seinem Bezirk wohnen und darf seine durch ein Zaub von draußen kenntlich gemachte Wohnung ohne besondere Erlaubnis nicht verlassen. Die dienstlichen Obliegenheiten und Verpflichtungen sind also für alle gleich. Anders liegt's mit der Gerechtigkeit. Die Schloßschlichter und in Teil der Gehülften sind Beamte, ein Teil der Gehülften aber nur Arbeiter. Das heißt, die Uniformtröde und Mügen sind für alle dieselben; nicht so aber die Bezahlung. Die sein angestellten Gehülften erhalten an Gehalt 1100 bis 1900 Mk. pro Jahr, die nicht sein angestellten Gehülften einen Tagelohn von 3,50 Mk. bzw. 3,90 Mk. Warum dieser große Unterschied in der Entlohnung sein muß, wo doch alle die gleichen dienstlichen Pflichten haben, ist nicht einzuweichen. Es gibt ja auch bei den Senatoren, Direktoren, Inspektoren usw. nicht diese Unterschiede in festangestellte und nicht festangestellte. Doch die Deputation für die Stadtwasserkunst wird es wohl besser wissen.

Das Verlangen der benachteiligten Gehülften, ihnen denselben Lohn zu geben, den ihre im übrigen mit ihnen gleichgestellten Kollegen bekommen, ist denn auch vollst. berechtigt. Viel von ihnen sind jahrelang in dem Dienst, werden alt dabei und können auf seine Anrechnung nicht mehr rechnen. Sie sollten aber alle einsehen lernen, daß unser Verband gegen alle diese und ähnliche Ungerechtig-

keiten und Mißstände kämpft, und sich uns als Mitkämpfer anschließt, indem sie Mitglied unseres Verbandes werden.

**Steinfeyer und Hammer bei der Vau-**deputation haben an diese Behörde eine Eingabe um Lohn-erhöhung gerichtet. Ihre Löhne sind seit vielen Jahren dieselben geblieben. Die Steinfeyer und Hammer im Ingenieurwesen erhalten 53 bzw. 48 Pf. pro Stunde; dagegen die Steinfeyer und Hammer beim Strom- und Hafenbau nur einen Stundenlohn von 15 bzw. 12 Pf. Und beide Betriebe sind derselben Deputation unterstellt. Auch eine von den vielen — na, sagen wir des guten Tones halber — Absonderlichkeiten in unserem Staatsbetriebe.

Nachdem in der Eingabe auseinandergesetzt, daß die gegenwärtigen Löhne den wirtschaftlichen sowie den hier am Orte im allgemeinen bestehenden Brandschloß- und Arbeitsverhältnissen nicht mehr entsprechen, wird insbesondere auf die Lohnverhältnisse der bei der hiesigen Straßenbahn beschäftigten Steinfeyer und Hammer verwiesen. Bei diesen handelt es sich gewissermaßen auch um Regiarbeiter. Sie werden gleichfalls st. beschäftigt. Ihr Lohn beträgt 60 bzw. 55 Pf. pro Stunde. Im Winter, wenn sie andere als Pfisterarbeiten verrichten müssen, bekommen sie 40 Pf. Stundenlohn, dagegen die staatlichen Steinfeyer und Hammer bei solchen Arbeiten nur 35 Pf. für die Stunde. Auch sind die Veruftsfolger bei der Straßenbahn dort pensionsberechtigt und haben freie Fahrt auf allen Straßenbahnlinien der Gesellschaft. Vater Staat zahlt also auch in diesem Falle wieder die schlechtesten Löhne, und hatte alle Ursache, seine Reputation ein bißchen zu heben, indem er den Steinfeyern und Hammern einen höheren Lohn gewährt.

**Mün.** In der am 20. Juli stattgefundenen Besprechung der Mitglieder wurde die Konstituierung der Kölner Filiale vollzogen. Als Vorsitzender wurde der seitherige Vertrauensmann M. Hansenberg gewählt. Als Vereinslokal wurde die „Arona“, Gr. Griechenmarkt 16, bestimmt. Die Besprechung wurde eingeleitet durch ein Meferat des Kollegen Heinrich Schäfer über: „Die gewerkschaftliche Taktik des Gemeindearbeiterverbandes“. Eine erhebliche Zahl von Neuanmeldungen lagen vor. Alle Zuschriften sind an das Zweigbureau, Severinsstr. 53, zu richten.

**Magdeburg.** Mitgliederversammlung am 23. Juli 05. Der Hauptkassierer unserer Filiale erstattete den Kassenericht, welcher als günstig bezeichnet werden konnte. Ihm wurde auf Antrag der Messoren Entlastung erteilt. Nach längerer Aussprache über die Entschädigung von Leitern der Betriebsversammlungen wurde unter Aufhebung eines früheren Beschlusses beschlossen, Leiter aus eigenen Betrieben werden bei Betriebsbesprechungen nicht entschädigt, während solche aus fremden Betrieben eine Vergütung nach Form der Vorstandssitzung erhalten. Heber Agitation und Organisation am Orte wurde berichtet, daß in den letzten Monaten eine lebhaftere Tätigkeit entfaltet worden war; an einigen Stellen mit gutem Erfolge. Es wurde beschlossen, regelmäßige Betriebsbesprechungen abzuhalten, welche allmonatlich tagen sollten. Aber am ehesten sollte es da, wo man es am wenigsten erwarten durfte. Für den Betrieb der Gasanstalt fand sich kein Leiter für Betriebs-ungen. Ebensovienig machte man Miene, regelmäßige und feste Zusammenkünfte abzumachen. Mehrere Redner deuteten darauf hin, daß die Staatsberatungen bald wieder anfangen würden, daß zu diesen die Arbeiter geschlossen mit ihren klaren Forderungen kommen müssen. Kost schien es, als hätte man nichts zu fordern, doch bei näherer Aussprache hörte man manche Klagen; die Arbeit sei so schwer, daß eine gewerkschaftliche Mitarbeit der Gasarbeiter nicht recht gedeihen wolle. Kollege S. erstattete darauf den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Im Anschluß hieran fand eine lebhafteste Aussprache statt über die Protokollbücher des letzten deutschen Gewerkschaftstages. Alle Redner sind sich darüber einig, dieselben vom Hauptvorstand zu beziehen. Sodann regte Kollege S. an, einen Ausflug nach Schönebeck zu machen. Dem wurde zugestimmt. Der Ausflug nach Schönebeck findet am Sonntag, den 13. August, morgens 6 Uhr von der Strombrücke aus statt. Die Mitglieder des Stadtteils Puckau werden ersucht, sich in der Turmidanzengstraße einzufinden. Der Redner Gr. Schmidt den Fall Reismann an. Es findet folgender Antrag Annahme: Reismann ist auf Grund des Statuts ausgeschlossen; ebenso wird gegen denselben strafrechtlich vorgegangen werden. Der Antrag, ein Minderfest abzuhalten, wird nicht stattgegeben. Mit einer Mahnung zum selbständigen Zusammenhalt schloß der Vorsitzende die nur mäßig besuchte Versammlung um 11 Uhr.

**München.** Bericht über die Versammlung der Sektion (Gas- und Wasserwerke). In einer gut besuchten Versammlung der Arbeiter des Gaswerkes am Nördlichen behandelte Kollege Muth das Thema: „Warum und wo organisieren wir uns?“ In eingehender und vortrefflicher Weise erläuterte der Redner die Notwendigkeit einer einheitlichen und kräftigen Organisation; nur durch die Vereinigung zu großen Verbänden sei dem heutigen Proletariat die Möglichkeit geboten, seine Existenz zu behaupten. Mit Tatsachenmaterial wies Redner nach, daß es heutzutage gerade die Gasarbeiter sind, welche unter schlechten Arbeitsbedingungen, überlanger Arbeitszeit, übermäßiger Hitze und Anstrengung zu kämpfen haben; noch verschlimmert durch die stetige Steigerung der Lebensmittelpreise.

preise muß diese naturnotwendigerweise zur Unterernährung und frühzeitigen Verfall der Arbeitskraft des einzelnen führen. (Reicher Verfall). In der anschließenden Diskussion traten eine Anzahl Mißstände zutage; hauptsächlich wurden die Umgangsformen des Herrn Baron von Seldorff gegenüber den Arbeitern scharf geäußert. Dieser Herr scheint die Gasanstalt mit einer Kaserne zu verwechseln. Diesen Leumantston sind die Gasarbeiter, die auch Jahr und Tag im Dienste des Kapitals, — pardon Magistrats — freunden, nicht gewöhnt und wollen eben auch als autändige Menschen behandelt werden. Fälschungen wie „Vanditenhor“ und ähnliche sind an der Tagesordnung. Melden sich zu gleicher Zeit 3, 4, 3—5 Mann krank, was in Anbetracht der ungeheuren Verhältnisse nichts außerordentliches ist, dann heißt es: „berühmtes Vanditen-Somplott“ usw. Glaubt ein Arbeiter Grund zu einer Beschwerde zu haben, so ist er dank der „fürtrefflichen“ Satzungen des Arbeiter-Ausschusses nicht in der Lage, durch diesen die Angelegenheit regeln zu lassen, sondern er ist den Launen des Herrn Baron von Seldorff unterworfen. Und dann dieser Vollenbehörden der hier herrscht! Auch in bezug auf Antreiberei wird im Gaswerk Kirchheim das größtmögliche geleistet. Sollten diese Seiten Abhilfe nicht bringen, nun, dann wird eben eine andere Instanz angegangen werden müssen. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen und auch die Arbeiterpresse, die „Münchener Post“, zu abonnieren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Stettin. Straßenreiniger. Versammlung am 22. Juli 1905.** Nach einem Referat des Kollegen Volland über die Lage der Stettiner Straßenreiniger wurde beschlossen, durch den Arbeiterausschuß folgende Forderungen zu stellen:

1. Bewilligung von Stiefelgelbern. 2. Abschaffung der Lutzlarren. 3. Vermehrung des Personals durch Hilfsarbeiter zu gewissen Zeiten. 4. Einen halben freien Tag in der Woche unner Fortzahlung des Lohnes.

Sodann wurde über den Stand der Organisation und Agitation am Orte diskutiert, wobei betont wurde, daß für Stettin die Anstellung eines Verbandsbeamten immer notwendiger werde. Die Beratung dieses Punktes soll in einer späteren Versammlung fortgesetzt werden.

### Rus den Stadtparlamenten.

**Tüßeldorf.** Wie in Tüßeldorf mit den Steuerarbeitern umgegangen wird, zeigte die Stadtratssitzung vom 27. Juni. Vorsitz: Oberbürgermeister Marx. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende von einem von Sr. Majestät eingegangenen Schreiben Mitteilung, worin für die bei der Kronprinzenshochzeit seitens der „Bürgerstaff“ dargebrachte Adresse gedankt wird. (Bei dieser Gelegenheit bemerken wir, daß hier seinerzeit 12.000 Mk. zum Geschenk der Kronprinzenshochzeit bewilligt worden sind. Kronprinzenshochzeiten kommen allerdings nicht jedes Jahr vor, aber dennoch sollte man die öffentlichen Mittel für solche Zwecke nicht dermaßen in Anspruch nehmen.) — Punkt 1 der Tagesordnung betrifft die Pensionierung des ersten Beigeordneten Feitel zum 1. Oktober 1905. Der Oberbürgermeister und Stadtverordneter Ausbahr haben in längeren Darlegungen die Dienste hervor, die Herr Feitel für seine viele Tausende betragendes Gehalt geleistet. Die Verwaltung beantragt, Herrn Feitel mit seinem vollen Gehalt (12.000 Mark) zum 1. Oktober 1905 zu pensionieren. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Wie man sieht, kann sich unser Stadtrat keinen „Angewellten“ gegenüber auch splendid zeigen, wenn es sich um — Angehörige seiner Klasse handelt. Nach unten hin ist man nicht so rücksichtslos, man denke nur an die Verordnungsverhältnisse der Arbeitsamtsbeamten, wo man unter anderem eine Dame mit 75—80 Mk. Monatsgehalt engagieren will oder gar schon engagiert hat. Wir haben nichts dagegen einzumenden, wenn man alte, in Dienste ergraute Beamte mit autändiger Pension in den Ruhestand versetzt, wir verlangen das für die Beamten der Arbeiterorganisationen auch. Wenn der Dirsch-Dundersche Maschinenbauertag einen langjährigen Generalsekretär mit 100 Mk. pensioniert und ihm dabei noch pro Monat 50 Mk. von der Pension für ausgedient angerechneten Schaden einbehält, so ist eine derartige Handlungsweise eine verwerfliche. Wenn aber andererseits eine städtische Verwaltung für einen einzigen Beamten, und sei es ein Beigeordneter, aus dem allgemeinen Steuerfädel eine Jahrespension von zwölftausend Mark aussetzt, so muß gegen einen solchen Beschluß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. 3000 bis 4500 Mk. hätten ebenfalls genügt. In anderer Zeit wird ebenfalls lamentiert über unsere ungünstige städtische Finanzlage. Mit Impfenmühen werden die Steuern à la Lustbarkeitssteuer zusammengeholt, um Beträge von 200.000 Mk. zu ergeben, und hier wirft man das Geld mit vollen Händen aus. Jeder andere Beamte und Arbeiter in städtischen Diensten tut ebenso seine Pflicht wie Herr Feitel und seine Kollegen. Dafür sorgen schon die straffe Aufsicht und die strengen Verordnungen. Ihnen aber gewährt man bei eintretender Invalidität nicht den vollen, ohnehin schon fälligen Lohn. Mit einigen Beistehenden werden sie unter Umständen abgefertigt.

Die Pensionen und Unterstützungen der unteren Beamten und Diätäre, ebenso die Binwegelder betragen laut Bericht der städtischen Verwaltung in den meisten Fällen nur wenige 100 Mk. Zwei frühere Beigeordnete der Stadt erhalten laut Etat pro 1905 eine Pension von 2100 resp. 4500 Mk. pro Jahr. Herr Feitel würde bei einem derartigen Pensionslage auch noch nicht die städtische Armentasse in Anspruch zu nehmen brauchen. An acht höhere städtische Beamte wird schon jetzt eine Pension von 2100 bis 1500 Mark pro Jahr gezahlt. Oberbürgermeister Hammerz erhielt jahrelang eine Pension von 8000 Mk., Oberbürgermeister Lindemann erhielt eine solche von 12.000 Mk. lange Jahre hindurch. Alles horrenden Ausgaben, für die die Allgemeinheit der Bürgerschaft aufzukommen hat. Diese Herren haben jahrelang hohes Gehalt bezogen. Sie brauchen dabei nicht von der Hand in den Mund zu leben, wie dies bei den Unterbeamten und Arbeitern der Fall ist, die sich zum Teil mit einem Tagesverdienst von einem Taler begnügen müssen. Statt derartige ungeheuer hohe Summen für Pensionen auszuwerfen, sollte man lieber dazu übergehen, die miserablen Löhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen und deren Arbeitszeit zu verkürzen. Die Tüßeldorfer Arbeiterstaff protestiert mit aller Entschiedenheit gegen eine Vergütung ihrer Steuergrößen, wie es einmal wieder im Fall Feitel geschieht.

### Verbandsteil.

#### Adressen der Verbandsleitung.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:  
Berlin W. 57, Bülowstr. 21. Telephon: Amt IX, 6488.

Vom 15. August ab befindet sich die Geschäftsstelle:

Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Vorrath**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Einstimmige Beschlüsse gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Dr. Vorrath**; gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsausschuß, **Damburg, Fürter 11**, zulässig.

Zweigbureau Stuttgart: Holzstr. 10. **C. Altwater.**

Zweigbureau Leipzig: Wielandstr. 25.

Zweigbureau Berlin-Brandenburg: Berlin, Bülowstr. 21. **D. Heintze.**

Zweigbureau Köln a. Rh.: Severinstr. 53. **H. Schäfer.**

Ortsbureau Berlin: Alte Jakobstr. 115. **E. Fittmer.**

Ortsbureau Hamburg: Fürter 11. **G. Schönberg.**

Ortsbureau Dresden: Rigenbergstr. 2. **J. Lischen.**

### Bekanntmachung.

Der Verbandsvorstand hat mit Zustimmung des Verbandsausschusses in Köln a. Rh. ein Zweigbureau eröffnet. Zum Sekretär desselben ist der Kollege **H. Schäfer** Mainz bestimmt worden, der nicht entsprechend einer früheren Bekanntmachung, sein Domizil nach Leipzig verlegt, um die Leitung des dortigen Sekretariats zu übernehmen, sondern, wie oben mitgeteilt, nach Köln am Rhein geht.

Dem Zweigbureau Köln ist die Bearbeitung der Provinzen Rheinland und Westfalen übertragen worden; dasselbe befindet sich: Severinstr. 53.

Das Zweigbureau Leipzig wird demnächst von neuem besetzt werden. Alle für dasselbe bestimmten Zuschriften sind vorläufig an den Verbandsvorstand zu richten.

Der bisherige Leiter des Leipziger Zweigbureaus, Kollege **H. Mohs**, ist seitens des Verbandsvorstandes zum Sekretär engagiert worden und hat seinen Wohnort nach Berlin verlegt. Dem Kollegen **E. Heintze**, der bisher bei dem Verbandsvorstand als Hilfsarbeiter beschäftigt war, ist die Leitung des Zweigbureaus Berlin-Brandenburg übertragen worden. — Zum Hilfsarbeiter des Zweigbureaus Stuttgart wurde der Kollege **H. Fürder** Stuttgart bestimmt. Die Geschäftsräume des Zweigbureaus Stuttgart befinden sich jetzt: Holzstr. 16 11.

Für den Verbandsvorstand:  
**Bruno Vorrath.**

**Quittung der Hauptkasse.**

Für das II. Quartal 1905 gingen an Beiträgen ein: Bamberg 115,60 M., Barmen 150,— M., Berlin 7327,05 M., Brandenburg 73,— M., Bremen 413,76 M., Breslau 774,37 M., Chemnitz 176,47 M., Köln a. Rh. 19,32 M., Dresden 2. u. 3. Rate 631,60 M., Düsseldorf 47,10 M., Elberfeld 123,76 M., Erfurt 89,94 M., Frankfurt a. M. 333,50 M., Freiburg i. B. 115,94 M., Gütlich i. B. 296,83 M., Gotha 35,87 M., Gütlich 53,76 M., Halle a. S. 141,40 M., Hamburg 2. 3. u. 4. Rate 1764,— M., Heidelberg 13,50 M., Heilbronn 71,10 M., Karlsruhe 293,72 M., Königsberg i. Pr. 83,23 M., Kiel 300,47 M., Leipzig 4. Rate 256,47 M., Ludwigshafen a. Rh. 58,70 M., Magdeburg 582,63 M., Mainz 1. u. 2. Rate 497,62 M., Mannheim 979,67 M., München 763,80 M., Nürnberg 579,93 M., Pforzheim 163,06 M., Stettin 466,50 M., Strahburg i. E. 171,10 M., Stuttgart 1. 2. u. 3. Rate 1174,70 M., Wiesbaden 2. Rate 139,20 M., Würzburg 120,52 M.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter gingen ein:

Ort	Aus der Filialkasse	Durch Sammellisten
Berlin	—	* 435,88 M.
Berlin (Zweigbüro)	—	100,92 "
Bremen	—	81,00 "
Chemnitz	—	8,50 "
Erfurt	—	5,80 "
Freiburg i. B.	—	11,80 "
Gütlich	—	2,50 "
Halle a. S.	—	9,25 "
Hamburg	—	100,— "
Heidelberg	—	7,20 "
Karlsruhe	—	2,20 "
Kiel	—	35,50 "
Leipzig	—	5,35 "
Magdeburg	—	28,50 "
Mannheim	—	26,70 "
München	—	9,60 "
Pforzheim	—	6,85 "
Wiesbaden	—	22,55 "
Summa	—	900,70 M.

Bereits quittiert 80,06 M., insgesamt 980,76 M.

\* Davon gesammelt in Schmargendorf auf Liste Nr. 140 21,43 M., Nr. 141 5,60 M., Nr. 142 7,45 M., Nr. 143 10,50 M., Nr. 144 5,80 M., Nr. 145 5,— M., Nr. 146 9,80 M., Nr. 147 2,75 M., Nr. 148 7,25 M., zusammen 75,58 M.

Da die Aussperrung durch gegenseitige Vereinbarungen der in Betracht kommenden Organisationen beendet ist, ersuchen wir die noch ausstehenden Listen umgehend einzusenden.

G. H m a n n, Hauptkassierer.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**

Zeiterparnis ist es, worauf jeder Kassenbeamte, der mit Auszahlung von Krankengeldern, Löhnen usw. zu tun hat, besonders bedacht sein muß. Es fehlte bisher aber an einem Vermittler solcher Erparung, nämlich an einer praktischen Nachschlagetabelle, in der Jahres- oder Monatsgehälter auf eine beliebige Anzahl von Tagen, Tagesätze dagegen auf eine beliebige Anzahl von Monaten und Tagen abgelesen werden können. In diese Lücke tritt der soeben erschienene „Schnellrechner“ von C. Braun helfend ein. In übersäus praktischer Einteilung enthält das Buch zwei Arten von Tabellen: 1. Zum Ablesen von Gehaltsätzen von 10 Pf. bis 20 M. auf 1—365 Tage ausgerechnet und 2. wo sich Jahres- oder Monatsgehälter von 5—5000 M. auf jede beliebige Anzahl Tage ausrechnen d. h. einfach nachschlagen lassen. Durch eine sinnreiche Einrichtung wurde der gewaltige Zahlenstoff dieses Schnellrechners auf 175 Seiten bequemen Formats untergebracht und dadurch ein sehr praktisches Hilfsmittel geschaffen. Brauns Schnellrechner ermöglicht eine wesentliche Geschwinderleichterung und zeichnet sich durch Genauigkeit und Zuverlässigkeit vorteilhaft aus. Da der Preis des Buches von 3.— M., gebunden 3,50 M. im Verhältnis zum Gebotenen sehr gering ist, so sei es allen Interessenten zur Anschaffung empfohlen. Es ist erschienen im Verlage von Otto Raier in Ravensburg.

„Das Gewerbegericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte, Herausgeber: Dr. Jastraw (Privatdozent, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Fleck (Stadtrat), Frankfurt am Main. Verlag von Georg Reimer in Berlin.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 M. (ohne Postgeld). — Anzeigen kosten die viergespaltene Petitzeile 0,40 M., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 M. netto.

**Totenliste des Verbandes.**

**Fritz Kawengel, Berlin**  
† 30. Juni, 36 Jahre

**Hermann Schmidt, Berlin**  
† 8. Juli 1905, 31 Jahre

**Johann Imbrich, Gütlich**  
† 10. Juli 1905, 37 Jahre

**Heinrich Paetow**  
**Hamburg**

† 10. Juli 1905, 35 Jahre

**Max H. Schmidt, Dresden**  
Gasarbeiter

† 14. Juli 1905, 30 Jahre

**Gustav Stübenvoll**  
**Stuttgart**

† 25. Juli 1905, 62 Jahre

**Josef Huber, München**  
Sektion elektr. Werke

† 25. Juli 1905

Chre Ihrem Andenken!

**Bilanz der Filiale Groß-Berlin vom 1. April bis 30. Juni 1905.**

Einnahme:		Ausgabe:	
„	„	„	„
An Bestand vom 1. Quartal 1905	4316 67	Für Agitation	378 90
„ Eintrittsgelder für männliche Mitglieder	561 50	„ Gehälter	1074 93
„ Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder	21 25	„ Sitzungsgelder	98 75
„ Beiträge für männliche Mitglieder	9270 40	„ Versicherung	34 68
„ Beiträge für weibliche Mitglieder	304 50	„ Trudtsachen	174 80
„ Telegierntensteuern	359 20	„ Bureau-Utililien	85 85
„ Pensionierten-Beiträge	17 80	„ Bibliothek	400 —
„ Extrabeiträge à 10 Pf.	15 20	„ Porto	90 —
„ Extrabeiträge à 5 Pf.	2314 55	„ Miete, Reinigung, Beleuchtung,	290 —
„ Sonstige Einnahmen:		„ Telefon	41 39
„ Zellerfamm. a. 1. u. 3. Mai	16,50	„ Hilfsarbeiten	507 —
„ Unterstütz. Czjodru, S. LX,	30,—	„ Ausgaben in den Sektionen	842 40
„ vom S. M. jurid.	2,—	An das Zweigbüro abgeliefert	363 10
„ Gest. I. 2000 Extramarfen	108,90	„ den Hauptkassierer	7827 05
„ Ueberführung v. Mastenball,		„ Bestand am Ende des 2. Quar-	
„ 2. Rate	108,90	„ tals 1905	5625 81
„ Agitationskosten v. Zweig-	5,80		
„ bureau jurid.	5,80		
	17334 36		17334 36

**Mitglieder-Bewegung.**

Am Ende des vorigen Quartals waren 4326 männliche und 221 weibliche Mitglieder  
 Im Laufe des Quartals sind eingetreten 1139 „ 79 „  
 Gesamtsumme 5465 männliche und 300 weibliche Mitglieder  
 Es wurden ausgeschlossen resp. schieden aus 683 „ 8 „  
 bleibt ein Mitgliederbestand von 4782 männliche und 292 weibliche Mitglieder  
 Zusammen 5074 Mitglieder.

Für den Filial-Vorstand:  
 Carl Hoffmann.

Revidiert und für richtig befunden:  
 Berlin den 29. Juli 1905.

August Kertwig.

Carl Volenske.

**:: Schnittungs- ::**  
**Marken und**  
**:: Handstich- ::**  
**Stempel**  
 für Krankenkassen und Vereine  
 zum Anfertigen der Beiträge.  
**Rollen-Billets**  
 fortlaufende Nummern.  
 Preislisten versende umsonst.  
**Jean Holze, Hamburg,**  
 Begr. 1879. **Drehbahn 45.** Begr. 1879.

**Abrechnung vom Maskenball der Filiale Groß-Berlin (28. 1. 05. „Neue Welt“).**

Einnahme.		Mk.	Pf.	Ausgabe.		Mk.	Pf.
für Billets eingegangen . . . . .		800	05	5000 Billets . . . . .		45	—
				500 Plakate . . . . .		27	50
				für dreimaliges Inferieren im „Vorwärts“		24	—
				einmaliges „in der „Gewerksch.“		6	—
				„ Geschenke, Lose etc. . . . .		188	40
				„ Abzeichen . . . . .		2	45
				„ Wobbons . . . . .		12	00
				„ III-Eris . . . . .		90	—
				„ Tanzmeister . . . . .		10	—
				„ Musik . . . . .		185	—
				„ Bier an die Musiker . . . . .		9	75
				„ Fahrgehd. Porto für Billetsverband . . . . .		7	80
				„ Vergnügungsomitee . . . . .		87	—
				<b>Summa . . . . .</b>		<b>530</b>	<b>06</b>

Unseren Kollegen  
**H. Koch und Adler**  
 zur silbernen Hochzeit die  
 herzlichsten Glückwünsche.  
 Die Hamburger Verbands-  
 kollegen.

**Filiale Würzburg!**  
 Dem Verbandskollegen  
**Friedrich Buchberger**  
 zu seinem 30 jähr. Dienst-  
 jubäum nachträglich die  
 herzlichsten Glückwünsche.  
 Die Kollegen der Gas- und  
 Wasserwerke.

**Allgemeiner Bau-, Spar-  
 und Wohnungsverein**  
**„Solidarität“**,  
 F. G. m. b. H.  
 Anmeldungen, Mitgliederauf-  
 nahmen, Auskunft in der Geschäfts-  
 stelle Berlin W. 57, Bülow-  
 strasse 21.

**Fettwaren,**  
 alle Sorten, gut und billig, kauft  
 man in Hamburg bei dem Ver-  
 bandskollegen  
**Joseph Nuhnauer,**  
 Hamburg, Niedernstr. 55, Keller.

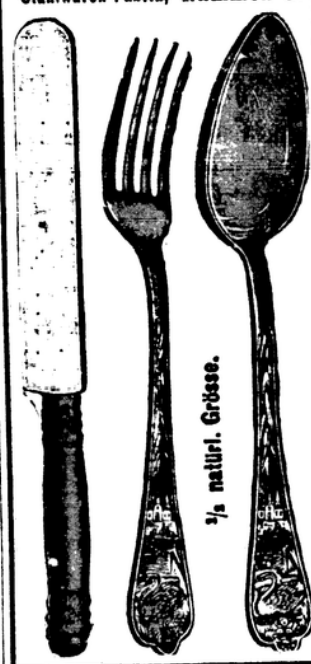
**Filiale München.**  
 Einladung zu der am **Samstag, den 13. August**, vormittags  
 1/2 9 Uhr, im Verbandslokal „**Zur Krone**“, Marienhilfplatz, statt-  
 findenden  
**halbjährlichen Generalversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Vorstandschaft über das 2. Quartal 1905 inkl.  
 Rechenschaftsbericht,  
 2. Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Stuttgart,  
 3. Anträge zur Konferenz in Stuttgart,  
 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.  
 NB. Die Kollegen werden in Anbetracht der wichtigen Tages-  
 ordnung ersucht, vollständig und frühzeitig zu erscheinen.  
 Die Filialleitung.

**Zahlstelle Dresden.**  
 Sonnabend, den 19. August, abends 1/2 9 Uhr, im Volkshaus  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben  
 Die Lokalverwaltung.

**Filiale Gross-Berlin.**  
 Sonnabend, den 12. August 1905  
**Sommer-Fest**  
 in den Gesanträumen der  
**Neuen Welt, Hafenshaide 108-114**  
 Gr. Konzertprogramm, Spezialitäten-  
 Vorstellung, Festrede, Gr. Musikre-  
 ferentwert des Feuertechmikers A. Wolf  
 Kinder - Fackelkolonne, Maschere - Theater,  
 sowie andere Minder-Velustigungen  
 Im großen Saale: Ball.  
 Teilnehmende Herren zahlen 20 Pf. extra.  
 Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung  
 Entree 25 Pfennig Anfang 4 Uhr  
 Kinder in Begleitung Erwachsener frei  
 Zahlreichen Besuch erbittet Das Vergnügungsomitee.

**Hansa-Biere**  
 sind unter Garantie nach den Bestimmungen  
 des bayr. Brau-Gesetzes nur aus Malz und  
 Hopfen eingebraut und mit 5 goldenen  
 Medaillen prämiert.  
**Hansa-Brauerei-Gesellschaft**  
**Hamburg.**  
 Fernsprecher Amt IV, 360.

**Friedrich Wilhelm Engels**  
 Stahlwaren-Fabrik, Nümmen-Gräfrath-Solingen Nr. 828  
 versendet unter Nachnahme  
 ein komplettes elegantes  
**Haushaltungsbesteck**  
 wie Abbildung.  
**Nur 10 Pfg.**  
 6 Messer 20 cm  
 6 Gabeln  
 6 Esslöffel  
 6 Kaffeelöffel  
**24 Stück** zus. für **M. 2,40**,  
 also durchschnittlich jedes  
 Stück 10 Pfg. Dieselbe Gar-  
 nitur aber grösser m. Messer  
 von 24 cm, 24 St. zusammen  
 M. 2,80. Porto extra. Die  
 Messer sind von gut. Solinger  
 Stahl, unverwüßlich, mit  
 imitierten Horn- oder Bein-  
 heften. Gabel u. Löffel sind  
 aus silbervverzintem Martin-  
 stahl mit feiner Prägung.  
 Schwannmuster. Gesetzlich  
 geschützt. Wenn nicht gefällt,  
 Geld zurück. Kein Risiko.  
 Hauptkatalog  
 mit vielen Neuheiten, über  
 3000 Nummern und Ab-  
 bildungen, ganz umsonst und  
 portofrei.



Verlag: In Vertretung des Verbands der in Gemeinde und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter Angehörten Bruno Forstsch. Verantwortlicher  
 Redakteur: G. Bäcker, beide Berlin W. 57, Bülowstr. 21. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 64, Lindenstr. 99.